

Doreen Namislo, Karina Schorn, Dipl.-Verwaltungswirtin Margitta von Schwartzberg

Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 2005 nach Geschlecht und Alter

Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik

Zum zweiten Mal seit 1990, der ersten gesamtdeutschen Wahl, ist bei einer Bundestagswahl eine Repräsentative Wahlstatistik durchgeführt worden; bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998 hatte der Gesetzgeber die Repräsentative Wahlstatistik ausgesetzt. Mit der Repräsentativen Wahlstatistik lässt sich das Wahlverhalten – Wahlbeteiligung und Stimmabgabe – bei einer Bundestagswahl nach Altersgruppen und Geschlecht analysieren.

Für eine Vorabauswertung war aus den Stichprobenwahlbezirken der Repräsentativen Wahlstatistik zunächst eine Unterstichprobe gezogen worden. Diese hatte mit 324 Wahlbezirken etwa 10% der gesamten Stichprobe und damit etwa 0,4% aller Wahlbezirke umfasst. Auf eine Einbeziehung von Briefwahlbezirken in die Unterstichprobe war wegen der geringen Anzahl von Stichprobenwahlbezirken verzichtet worden. Nachdem die Ergebnisse aus dieser Unterstichprobe bereits am 18. Oktober 2005 in einem Sonderheft¹⁾ des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht wurden, sind die Ergebnisse aus der gesamten Stichprobe, das heißt aus allen ausgewählten Urnen- und Briefwahlbezirken, Gegenstand der folgenden Betrachtung²⁾.

Nach Ausführungen über die Rechtsgrundlagen und die methodischen Grundlagen folgen Informationen über die Wahlberechtigten, die Wahlbeteiligung, die ungültigen Stimmen und die Stimmabgabe jeweils nach Alter und Geschlecht. Die beiden letzten Kapitel enthalten Auswertungen zum Stimmensplitting und zu Wählerschaften der Parteien.

Für alle Interessierten sei noch auf das Informationsangebot des Bundeswahlleiters unter der Internetadresse <http://www.bundeswahlleiter.de> hingewiesen. Hier sind sowohl die Ergebnisse der Unterstichprobe als auch die Ergebnisse der gesamten Stichprobe zu finden.

1 Rechtsgrundlagen

Rechtsgrundlage für die Durchführung der Repräsentativen Wahlstatistik ist das am 1. Juni 1999 in Kraft getretene Gesetz über die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Wahlstatistikgesetz – WStatG) vom 21. Mai 1999 (BGBl. I S. 1023), geändert durch Gesetz vom 17. Januar 2002 (BGBl. I S. 412).³⁾

Das Wahlstatistikgesetz in der Fassung vom 21. Mai 1999 sah noch keine Einbeziehung der Briefwahlstimmen in die Repräsentative Wahlstatistik vor. Der Anteil der Briefwähler an der Gesamtzahl der Wähler hat sich aber von 9,4% bei der Bundestagswahl 1990 über 13,4% bei der Bundestagswahl 1994 auf 16,0% bei der Bundestagswahl 1998 erhöht (bei der Einführung der Briefwahl zur Bundestagswahl 1957 hatten lediglich 4,9% der Wahlberechtigten von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht). Vor diesem Hintergrund wurde am 17. Januar 2002 – noch rechtzeitig vor der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002 – das Erste

1) Siehe Bundeswahlleiter (Hrsg.): „Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005, Sonderheft: Erste Ergebnisse aus der Repräsentativen Wahlstatistik für die Bundesrepublik Deutschland“, Wiesbaden 2005.

2) Sämtliche Endergebnisse aus der Repräsentativen Wahlstatistik zur Bundestagswahl 2005 sind in der Veröffentlichung „Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005, Heft 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen“, erschienen im Februar 2006, dargestellt.

3) Nähere Einzelheiten zur Aussetzung und Neuregelung der Repräsentativen Wahlstatistik siehe Werner, T.: „Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 2002 nach Geschlecht und Alter“ in WiSta 3/2003, S. 171 ff.

Gesetz zur Änderung des Wahlstatistikgesetzes (BGBl. I S. 412) erlassen. Dieses Gesetz sieht nunmehr die Einbeziehung ausgewählter Briefwahlbezirke in die Statistik vor. Diese Einbeziehung erfolgte in erster Linie, um die Genauigkeit des Gesamtergebnisses sicherzustellen, jedoch weniger mit dem Ziel, das Wahlverhalten der Briefwähler gesondert auszuwerten. Wegen der geringen Anzahl ausgewählter Briefwahlbezirke kann eine Analyse des Wahlverhaltens der Briefwähler nach Altersgruppen und Geschlecht nur für das Bundesgebiet insgesamt vorgenommen werden. Der Anteil der Briefwähler an den Wählern betrug bei der Bundestagswahl 2002 18,0%, bei der Bundestagswahl 2005 stieg er auf 18,7%.

2 Methodische Grundlagen

Die Repräsentative Wahlstatistik ist eine Stichprobenerhebung. Die Auswahl der Stichprobenwahlbezirke trifft der Bundeswahlleiter im Einvernehmen mit den Landeswahlleitern und den Statistischen Ämtern der Länder. Nach § 3 des Wahlstatistikgesetzes (WStatG) dürfen nicht mehr als fünf vom Hundert der Wahlbezirke und der Briefwahlbezirke des Bundesgebietes und nicht mehr als zehn vom Hundert der Wahlbezirke und der Briefwahlbezirke eines Landes an der Repräsentativen Wahlstatistik teilnehmen. Die ausgewählten Wahlbezirke müssen darüber hinaus jeweils mindestens

400 Wahlberechtigte (bei der Urnenwahl; bei der Briefwahl: 400 Wähler) umfassen. Die Stimmzettel aus der Repräsentativen Wahlstatistik werden von den übrigen Wahlunterlagen, insbesondere den Wählerverzeichnissen, getrennt und von den Statistischen Landesämtern ausgewertet; es besteht eine strenge Zweckbindung für die Statistikstellen hinsichtlich der ihnen zur Auswertung überlassenen Wahlunterlagen. Diese Regelungen tragen dem Gebot der Anonymität der Repräsentativen Wahlstatistik Rechnung und garantieren somit die Wahrung des Wahlgeheimnisses.

Aus den etwa 80 000 Wahlbezirken und rund 10 000 Briefwahlbezirken wurden für die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005 für die Feststellung der Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Altersgruppen 2 407 Wahlbezirke ausgewählt. Die Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen wurde, wie aus Tabelle 1 hervorgeht, in 2 541 Urnenwahlbezirken und 326 Briefwahlbezirken (insgesamt 2 867 Wahlbezirken) statistisch erfasst. Dieser Stichprobenumfang gewährleistet, dass die Ergebnisse der ausgewählten Bezirke für die Gesamtheit des Wahlgebietes und für die einzelnen Bundesländer repräsentativ sind.

Die Zahlenbasis der Repräsentativen Wahlstatistik ist damit weit breiter als bei der repräsentativen Wahlnachbefra-

Tabelle 1: Stichprobenumfang der Repräsentativen Wahlstatistik bei den Bundestagswahlen

Land	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	2002	2005
Stichprobenwahlbezirke													
Schleswig-Holstein	24	96	97	46	92	93	92	96	98	96	97	106	102
Mecklenburg-Vorpommern ...	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	89	94	93
Hamburg	16	16	55	59	53	64	62	59	59	15	15	24	24
Niedersachsen	67	246	245	187	207	202	188	194	202	205	208	245	248
Bremen	6	6	11	21	26	26	27	27	27	27	25	26	26
Brandenburg	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	108	137	130
Sachsen-Anhalt	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	130	116	108
Berlin	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	151	163	163
Nordrhein-Westfalen	136	115	121	125	138	141	142	576	578	571	563	622	585
Sachsen	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	218	196	194
Hessen	40	41	78	88	89	87	123	124	123	128	129	155	147
Thüringen	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	121	135	129
Rheinland-Pfalz	37	32	31	65	83 ¹⁾	84 ¹⁾	67 ¹⁾	68 ¹⁾	69 ¹⁾	72 ¹⁾	77 ¹⁾	221	224
Bayern	99	365	391	392	445	112	406	420	429	439	440	471	440
Baden-Württemberg	45	53	59	137	144	156	141	142	158	157	163	196	190
Saarland	X	37	38	43	45	44	58	57	57	57	59	64	64
Deutschland ...	470 ²⁾	1 007	1 126	1 163	1 322 ³⁾	1 009 ³⁾	1 306 ³⁾	1 763 ³⁾	1 800 ³⁾	1 767 ³⁾	2 593 ³⁾	2 971	2 867
dar.: Briefwahlbezirke	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	372	326
Anteil der Wahlberechtigten und Wähler in der Stichprobe in %													
Schleswig-Holstein	1,6	4,4	4,4	2,1	3,9	4,0	4,1	4,3	4,3	4,0	3,9	3,8	3,7
Mecklenburg-Vorpommern ...	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	4,9	4,9	4,8
Hamburg	1,4	1,3	4,0	4,1	4,1	4,2	4,0	3,9	3,9	1,0	1,0	1,4	1,4
Niedersachsen	1,4	4,1	4,1	3,1	3,1	3,0	3,1	3,1	3,1	3,1	3,1	3,0	3,0
Bremen	2,0	1,5	2,4	3,7	4,3	5,0	4,9	5,2	5,2	5,1	4,9	4,9	5,1
Brandenburg	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	4,3	5,2	5,0
Sachsen-Anhalt	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	4,5	5,2	4,9
Berlin	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	6,8	5,4	5,5
Nordrhein-Westfalen	1,7	1,0	0,9	1,0	1,1	1,1	1,0	4,1	4,1	4,1	4,1	4,0	4,0
Sachsen	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	5,1	5,0	5,0
Hessen	1,6	1,2	2,0	2,1	2,0	1,9	3,0	2,7	2,7	2,9	2,8	2,7	2,6
Thüringen	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	4,5	4,9	5,1
Rheinland-Pfalz	1,5	1,0	1,0	2,0	2,0 ⁴⁾	2,1 ⁴⁾	2,1 ⁴⁾	2,1 ⁴⁾	2,1 ⁴⁾	2,1 ⁴⁾	2,0 ⁴⁾	2,0	2,0
Bayern	1,3	4,1	4,1	3,9	4,1	1,0	4,0	4,0	3,9	3,9	3,8	3,5	3,4
Baden-Württemberg	1,4	1,0	1,0	2,3	2,1	2,1	2,0	2,0	2,0	1,9	2,0	2,0	2,0
Saarland	X	4,3	4,1	3,9	4,3	4,2	5,5	5,6	5,6	5,5	5,6	5,7	5,5
Deutschland ...	1,5	2,2	2,4	2,4	2,5 ⁵⁾	1,9 ⁵⁾	2,6 ⁵⁾	3,4 ⁵⁾	3,4 ⁵⁾	3,3 ⁵⁾	3,7 ⁵⁾	3,6	3,6

1) Für Stimmabgabe 1969 und 1976: je 166; 1972: 164; 1980: 168; 1983: 170; 1987: 181; 1990: 194 Wahlbezirke. – 2) Ohne das Saarland. – 3) Für Stimmabgabe 1969 und 1976: je 1 405; 1972: 1 089; 1980: 1 863; 1983: 1 901; 1987: 1 876; 1990: 2 710 Wahlbezirke. – 4) Für Stimmabgabe 1969 und 1972: je 5,0%; 1976 und 1987: je 5,1%; 1980 und 1983: je 5,2%; 1990: 4,9% der Wähler in der Stichprobe. – 5) Für Stimmabgabe 1969 und 1972: je 2,7%; 1976: 2,8%; 1980 und 1983: je 3,6%; 1987: 3,5%; 1990: 3,8% der Wähler in der Stichprobe.

gung von Wählern und Wählerinnen am Wahltag durch die Wahlforschungsinstitute, die etwa 500 bis 600 Wahlbezirke umfasst.

Die Repräsentative Wahlstatistik ermöglicht von ihrer Anlage her keine Analyse von Wahlmotiven. Sie liefert aber der Wahlforschung die wesentlichen Basisinformationen sowie Ansatzpunkte für weitere Forschungen; sie stellt den objektiven Bezugsrahmen zur Einordnung der Forschungsergebnisse bereit.

Bei der Wahl zum 16. Deutschen Bundestag wurde die *Wahlbeteiligung* – wie seit der Bundestagswahl 1972 (mit Ausnahme von 1994 und 1998 wegen der vorübergehenden Aussetzung der Repräsentativen Wahlstatistik) – nach Geschlecht (männlich/weiblich) sowie nach zehn Altersgruppen ermittelt. Die *Stimmabgabe* wurde – wie ebenfalls seit 1972 – nach Geschlecht (männlich/weiblich) sowie nach fünf Altersgruppen ermittelt (siehe Tabelle 2).

Die Zusammenfassung der Wählerinnen und Wähler zu 10 bzw. 5 Gruppen stellt sicher, dass Rückschlüsse auf die Stimmabgabe einzelner Wählerinnen und Wähler ausgeschlossen sind und das Wahlgeheimnis gewahrt bleibt. Die Wahlberechtigten wurden im Wahllokal bzw. mit der Zusendung der Briefwahlunterlagen über die Teilnahme an der Repräsentativen Wahlstatistik informiert. Den Wählerinnen

Tabelle 2: Altersgruppen der Repräsentativen Bundestagswahlstatistik

Bundestagswahlen		
1953 bis 1961	1965 und 1969	ab 1972
Alter von ... bis ... Jahren		
Wahlbeteiligung		
21 – 24	21 – 24	18 – 20
25 – 29	25 – 29	21 – 24
30 – 39	30 – 34	25 – 29
40 – 49	35 – 39	30 – 34
50 – 59	40 – 44	35 – 39
60 – 69	45 – 49	40 – 44
70 und mehr	50 – 59	45 – 49
	60 – 69	50 – 59
	70 und mehr	60 – 69
		70 und mehr
Stimmabgabe		
21 – 29	21 – 29	18 – 24
30 – 59	30 – 44	25 – 34
60 und mehr	45 – 59	35 – 44
	60 und mehr	45 – 59
		60 und mehr

und Wählern in den ausgewählten Stichprobenwahlbezirken wurde zur Durchführung der Statistik ein Stimmzettel mit Unterscheidungsaufdruck (männlich/weiblich/Altersgruppe) ausgehändigt.

Beim Vergleich der Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik mit den Totalergebnissen (siehe Tabelle 3) ist zu

Tabelle 3: Totalergebnisse der Bundestagswahl 2005 im Vergleich mit den Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik

Land	T = Totalergebnis, S = Stichprobe	Wähler auf 1 000 Wahlberechtigte ¹⁾	Von 1 000 gültigen Zweitstimmen entfielen auf								
			SPD	CDU	CSU	GRÜNE	FDP	Die Linke.	Sonstige	darunter	
										NPD	REP
Schleswig-Holstein	T	791	382	364	–	84	101	46	22	10	–
	S	797	382	364	–	84	101	46	23	9	–
Mecklenburg-Vorpommern	T	712	317	296	–	40	63	237	48	35	–
	S	716	317	296	–	40	63	237	48	35	–
Hamburg	T	775	387	289	–	149	90	63	22	10	–
	S	785	388	289	–	149	90	63	20	9	–
Niedersachsen	T	794	432	336	–	74	89	43	26	13	–
	S	799	432	336	–	74	89	43	26	13	–
Bremen	T	755	429	228	–	143	81	84	35	15	–
	S	762	429	228	–	143	81	84	35	14	–
Brandenburg	T	749	358	206	–	51	69	266	51	32	–
	S	753	358	206	–	51	69	265	51	32	–
Sachsen-Anhalt	T	710	327	247	–	41	81	266	39	25	3
	S	714	328	247	–	41	81	266	38	24	3
Berlin	T	774	343	220	–	137	82	164	54	16	5
	S	784	343	220	–	137	82	163	55	17	6
Nordrhein-Westfalen	T	783	400	344	–	76	100	52	28	8	3
	S	791	400	344	–	76	100	52	29	8	3
Sachsen	T	757	245	300	–	48	102	228	77	48	5
	S	762	245	300	–	48	102	228	76	38	5
Hessen	T	787	356	337	–	101	117	53	36	12	8
	S	794	356	337	–	101	117	53	36	12	8
Thüringen	T	755	298	257	–	48	79	261	57	37	7
	S	759	298	257	–	48	79	261	56	35	7
Rheinland-Pfalz	T	787	346	369	–	73	117	56	39	13	11
	S	793	345	369	–	73	117	56	41	13	12
Bayern	T	779	255	–	492	79	95	34	45	13	10
	S	785	255	–	493	79	95	35	44	14	10
Baden-Württemberg	T	787	301	392	–	107	119	38	43	11	11
	S	793	301	392	–	107	119	38	43	11	11
Saarland	T	794	333	302	–	59	74	185	47	18	–
	S	799	333	301	–	59	74	184	49	20	–
Deutschland ...	T	777	342	278	74	81	98	87	39	16	6
	S	783	342	278	74	81	98	87	39	15	5

1) Bei Stimmabgabe: Anteil der Wähler mit Stimm- und Wahrscheinvermerk im Wählerverzeichnis an den Wahlberechtigten.

beachten, dass die Feststellungen über die Wahlbeteiligung auf der Annahme beruhen, dass sämtliche Wahlscheininhaber von der Möglichkeit der Briefwahl Gebrauch gemacht haben (die Erfahrung zeigt, dass regelmäßig weit über 90% der Wahlscheinwähler Briefwähler sind). Die Wahlbeteiligung wird deshalb in den Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik mit 78,3% etwas zu hoch ausgewiesen (Totalergebnis: 77,7%).

3 Ergebnisse zur Anzahl der Wahlberechtigten (mit und ohne Wahlschein)

3.1 Rund 438 000 mehr Wahlberechtigte als 2002

Wie Tabelle 4 zeigt, ist die Zahl der Wahlberechtigten von 2002 bis 2005 um rund 438 000 Personen auf 61,9 Mill. gestiegen. Dieser Zuwachs war zum größten Teil auf das frühere Bundesgebiet beschränkt (+426 000). In den neuen Ländern und Berlin-Ost war nur ein Anstieg um knapp 12 000 Wahlberechtigte zu verzeichnen.

Die demographische Entwicklung der deutschen Bevölkerung lässt sich an der Veränderung der Zahlenstärke der einzelnen Altersgruppen der Repräsentativen Wahlstatistik sehr deutlich ablesen. Die Anzahl der Wahlberechtigten ist gegenüber der Bundestagswahl 2002 in den Altersgruppen bis unter 30 Jahre leicht gestiegen, wobei der Anstieg bei den 25- bis unter 30-Jährigen am deutlichsten war. 2002 bestand diese Altersgruppe noch aus 3,8 Mill. Personen, 2005 waren es 4,1 Mill. Personen, das ist ein Plus von 7,0%. In den Altersgruppen der 30- bis unter 40-Jährigen ging die Zahl der Wahlberechtigten deutlich zurück, und zwar um 1 Mill. Personen (-20,2%) bei den 30- bis unter 35-Jährigen sowie um 637 000 (-9,9%) bei den 35- bis unter 40-Jährigen. Die Zahlen der Wahlberechtigten in den Altersgruppen darüber (mit Ausnahme der 60- bis unter 70-Jährigen mit einem Rückgang von 2,9%) haben ebenfalls stark zugenommen; am deutlichsten fiel der Zuwachs in der Altersgruppe der 45- bis unter 50-Jährigen aus (+8,1%). Die meisten Wahlberechtigten (10,4 Mill.) gehörten der Altersgruppe der 70-Jährigen und Älteren an (siehe Tabelle 4).

3.2 Anteil der Wahlberechtigten mit Wahlschein in den neuen Ländern und Berlin-Ost niedriger

Wie aus Tabelle 5 entnommen werden kann, lag der Anteil der Wahlberechtigten mit Wahlschein – zu weit über 90% ist diese Gruppe identisch mit den Briefwählern – an allen Wahlberechtigten mit 15,2% (Männer: 14,4%; Frauen: 15,9%) über dem Wert von 2002. Damals betrug der entsprechende Anteil 14,9% (Männer 14,0%; Frauen: 15,7%). Der Anteil der Wahlscheininhaber an den Wahlberechtigten im früheren Bundesgebiet lag wie bereits bei der Bundestagswahl 2002 bei 16,2%. In den neuen Ländern und Berlin-Ost ist der Anteil von 9,6% bei der Bundestagswahl 2002 auf 11,0% bei der Bundestagswahl 2005 gestiegen.

Tabelle 4: Wahlberechtigte bei den Bundestagswahlen 2005 und 2002 nach Geschlecht und Alter

Alter von ... bis unter ... Jahren	Wahlberechtigte		Veränderung 2005 gegenüber 2002	
	Bundestagswahl			
	2005	2002	1 000	%
Insgesamt				
unter 21	2 385,4	2 326,0	+59,4	+2,6
21 – 25	3 439,3	3 329,7	+109,6	+3,3
25 – 30	4 110,0	3 842,5	+267,5	+7,0
30 – 35	4 103,7	5 145,3	-1 041,6	-20,2
35 – 40	5 830,3	6 467,4	-637,1	-9,9
40 – 45	6 515,2	6 185,1	+330,1	+5,3
45 – 50	5 842,6	5 406,8	+435,8	+8,1
50 – 60	9 597,1	9 042,5	+554,6	+6,1
60 – 70	9 660,3	9 944,1	-283,8	-2,9
70 und mehr	10 386,7	9 743,4	+643,3	+6,6
Deutschland ...	61 870,7 ¹⁾	61 432,9 ²⁾	+437,8	+0,7
Früheres Bundesgebiet	49 704,6	49 278,5	+426,1	+0,9
Neue Länder und Berlin-Ost	12 166,1	12 154,3	+11,8	+0,1
Männer				
unter 21	1 223,2	1 188,4	+34,8	+2,9
21 – 25	1 745,6	1 688,9	+56,7	+3,4
25 – 30	2 084,2	1 943,6	+140,6	+7,2
30 – 35	2 082,5	2 614,8	-532,3	-20,4
35 – 40	2 965,4	3 291,8	-326,4	-9,9
40 – 45	3 309,2	3 138,4	+170,8	+5,4
45 – 50	2 947,3	2 704,6	+242,7	+9,0
50 – 60	4 770,1	4 490,6	+279,5	+6,2
60 – 70	4 614,1	4 760,4	-146,3	-3,1
70 und mehr	3 880,5	3 471,1	+409,4	+11,8
Deutschland ...	29 622,3	29 292,7	+329,6	+1,1
Früheres Bundesgebiet	23 754,3	23 457,9	+296,4	+1,3
Neue Länder und Berlin-Ost	5 868,0	5 834,8	+33,2	+0,6
Frauen				
unter 21	1 162,2	1 137,5	+24,7	+2,2
21 – 25	1 693,7	1 640,8	+52,9	+3,2
25 – 30	2 025,8	1 899,0	+126,8	+6,7
30 – 35	2 021,2	2 530,5	-509,3	-20,1
35 – 40	2 864,9	3 175,6	-310,7	-9,8
40 – 45	3 206,0	3 046,7	+159,3	+5,2
45 – 50	2 895,3	2 702,2	+193,1	+7,1
50 – 60	4 827,0	4 551,9	+275,1	+6,0
60 – 70	5 046,2	5 183,6	-137,4	-2,7
70 und mehr	6 506,1	6 272,3	+233,8	+3,7
Deutschland ...	32 248,4	32 140,1	+108,3	+0,3
Früheres Bundesgebiet	25 950,2	25 820,6	+129,6	+0,5
Neue Länder und Berlin-Ost	6 298,2	6 319,6	-21,4	-0,3

1) Totalergebnis: 61 870 711 Wahlberechtigte. – 2) Totalergebnis: 61 432 868 Wahlberechtigte.

Wie bei früheren Bundestagswahlen, so hatten auch 2005 die über 70-Jährigen mit 20,1% (2002: 20,5%) den höchsten, die unter 21-Jährigen mit 8,4% (2002: 8,7%) den niedrigsten Anteil an Wahlscheininhabern. Auffallend ist, dass die Frauen in fast allen Altersgruppen (außer bei den 35- bis unter 40-Jährigen und bei den 70-Jährigen und Älteren) einen höheren Anteil an Wahlscheininhabern zu verzeichnen hatten als die Männer; am deutlichsten war der Unterschied in der Gruppe der 21- bis unter 25-Jährigen (Frauen: 14,5%; Männer: 10,6%).

Tabelle 5: Wahlberechtigte ohne und mit Wahrschein bei den Bundestagswahlen nach Geschlecht und Alter

Alter von ... bis unter ... Jahren	Wahlberechtigte					
	insgesamt	ohne		mit		
		Wahrschein				
	2005		2002	1990 ¹⁾		
1 000		%				
Insgesamt						
unter 21	2 385,4	2 184,6	200,8	8,4	8,7	4,8
21 – 25	3 439,3	3 009,6	429,7	12,5	12,5	7,3
25 – 30	4 110,0	3 536,3	573,6	14,0	14,1	7,3
30 – 35	4 103,7	3 570,0	533,8	13,0	13,1	6,3
35 – 40	5 830,3	5 136,3	694,0	11,9	11,4	5,8
40 – 45	6 515,2	5 791,1	724,2	11,1	10,7	6,2
45 – 50	5 842,6	5 123,4	719,2	12,3	12,0	6,6
50 – 60	9 597,1	8 055,5	1 541,6	16,1	16,0	6,7
60 – 70	9 660,3	7 759,3	1 901,0	19,7	18,4	8,6
70 und mehr ..	10 386,7	8 299,2	2 087,5	20,1	20,5	14,4
Insgesamt ...	61 870,7	52 465,2	9 405,5	15,2	14,9	7,9
Männer						
unter 21	1 223,2	1 134,0	89,2	7,3	7,5	4,2
21 – 25	1 745,6	1 560,8	184,9	10,6	10,6	6,9
25 – 30	2 084,2	1 812,6	271,6	13,0	13,0	7,3
30 – 35	2 082,5	1 816,9	265,6	12,8	12,8	6,3
35 – 40	2 965,4	2 612,6	352,9	11,9	11,4	5,8
40 – 45	3 309,2	2 943,6	365,7	11,1	10,5	6,3
45 – 50	2 947,3	2 604,7	342,6	11,6	11,3	6,5
50 – 60	4 770,1	4 047,9	722,2	15,1	15,1	6,5
60 – 70	4 614,1	3 721,9	892,2	19,3	18,2	8,2
70 und mehr ..	3 880,5	3 099,3	781,2	20,1	20,3	13,1
Zusammen ...	29 622,3	25 354,2	4 268,1	14,4	14,0	7,2
Frauen						
unter 21	1 162,2	1 050,6	111,6	9,6	9,8	5,3
21 – 25	1 693,7	1 448,8	244,9	14,5	14,5	7,8
25 – 30	2 025,8	1 723,7	302,1	14,9	15,1	7,4
30 – 35	2 021,2	1 753,1	268,1	13,3	13,4	6,3
35 – 40	2 864,9	2 523,7	341,2	11,9	11,4	5,7
40 – 45	3 206,0	2 847,5	358,5	11,2	10,9	6,1
45 – 50	2 895,3	2 518,8	376,5	13,0	12,8	6,7
50 – 60	4 827,0	4 007,6	819,4	17,0	16,9	7,0
60 – 70	5 046,2	4 037,4	1 008,8	20,0	18,6	8,9
70 und mehr ..	6 506,1	5 199,8	1 306,3	20,1	20,6	15,0
Zusammen ...	32 248,4	27 111,0	5 137,4	15,9	15,7	8,4

1) Ohne die nicht in den Wählerverzeichnissen eingetragenen Wahlberechtigten.

4 Ergebnisse zur Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Alter

4.1 Wie hoch war die Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 2005?

Für die Bundestagswahl 2005 waren nach den Auszählungen der Wählerverzeichnisse 61,9 Mill. Personen wahlberechtigt. Die Zahl der Wähler betrug 48,0 Mill. Daraus ergab sich nach dem amtlichen Endergebnis⁴⁾ eine Wahlbeteiligung von 77,7% (die niedrigste Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen überhaupt). Sie lag um 1,4 Prozentpunkte unter der von 2002 (79,1%) und um 4,5 Prozentpunkte unter der von

1998 (82,2%). Über dem Durchschnitt lag die Wahlbeteiligung nach dem amtlichen Endergebnis in acht Ländern, und zwar in Niedersachsen und im Saarland mit jeweils 79,4%, in Schleswig-Holstein mit 79,1%, in Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz mit jeweils 78,7%, in Nordrhein-Westfalen mit 78,3% und in Bayern mit 77,9%. Am niedrigsten war die Wahlbeteiligung in Sachsen-Anhalt mit 71,0%. Die vergleichsweise geringe Wahlbeteiligung zeichnete sich bereits während der Wahlzeit ab. Um 14.00 Uhr betrug die Wahlbeteiligung 41,9% (2002: 42,8%).⁵⁾

4.2 Deutlich niedrigere Wahlbeteiligung in den neuen Ländern und Berlin-Ost

Die Wahlbeteiligung in den Bundesländern lag zwischen 71,0% (Sachsen-Anhalt) und 79,4% (Niedersachsen und Saarland). Wie bei allen Bundestagswahlen seit Wiedergewinnung der Deutschen Einheit im Jahr 1990 lag die Wahlbeteiligung in allen neuen Bundesländern unter dem Bundesdurchschnitt (Ausnahme: Thüringen bei der Bundestagswahl 1998). Unter den sechs Bundesländern mit der niedrigsten Wahlbeteiligung waren wiederum alle neuen Bundesländer (71,0 bis 75,7%), obgleich in diesen Bundesländern die Wahlbeteiligung im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 gestiegen ist. In allen alten Bundesländern ist im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 ein Rückgang der Wahlbeteiligung zu verzeichnen, am stärksten war er in Bayern (-3,6 Prozentpunkte), Bremen (-3,3 Prozentpunkte) und Baden-Württemberg (-2,4 Prozentpunkte), am schwächsten in Berlin (-0,2 Prozentpunkte), im Saarland (-0,6 Prozentpunkte) und in Rheinland-Pfalz (-1,3 Prozentpunkte).

Die Wahlbeteiligung in den neuen Ländern und Berlin-Ost lag bei 74,3% (2002: 72,8%) im Vergleich zu 78,5% (2002: 80,6%) im früheren Bundesgebiet. Die Wahlbeteiligungen in Ost und West haben sich damit wieder angenähert: Betrug der Abstand 1998 2,8 Prozentpunkte, so stieg er 2002 auf 7,8 Prozentpunkte und ist 2005 wieder auf 4,2 Prozentpunkte gesunken.

4.3 Die 70%-Marke wurde bei den unter 30-Jährigen bei der Wahlbeteiligung nicht erreicht

Der seit den 1980er-Jahren zu beobachtende Trend zur Wahlenthaltung bei den Wählerinnen und Wählern unter 30 Jahren hat sich, nach einer Unterbrechung bei der Bundestagswahl 2002, bei der Bundestagswahl 2005 fortgesetzt (siehe Tabelle 6). Bei der Bundestagswahl 1980 (alte Bundesländer ohne Berlin-West) hatte die Wahlbeteiligung der 18- bis unter 30-Jährigen noch knapp über 80% gelegen. Aus dieser Altersgruppe beteiligten sich bei der Bundestagswahl 1990 nur noch rund zwei Drittel (67,7%) der Wahlberechtigten. Dieser Abwärtstrend hat sich bei der Bundestagswahl 2002 nicht fortgesetzt. Die Wahlbeteiligung der Wäh-

4) Siehe Schorn, K./von Schwartzberg, M.: „Endgültiges Ergebnis der Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005“ in WiSta 11/2005, S. 1153 ff.

5) Siehe Pressemitteilung des Bundeswahlleiters: „Wahlbeteiligung bei der 16. Wahl des Deutschen Bundestages 2005 um 14.00 Uhr“ vom 18. September 2005.

Tabelle 6: Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen nach Geschlecht und Alter

Alter von ... bis unter ... Jahren	Wahlberechtigte		Wähler				
	2005 ¹⁾		2002 ¹⁾	1990 ²⁾	1987 ²⁾³⁾	1983 ²⁾³⁾	
	1 000	%					
	Insgesamt						
unter 21	2 385,4	1 669,2	70,0	70,2	64,7	76,8	84,3
21 – 25	3 439,3	2 287,2	66,5	68,1	61,8	73,1	81,5
25 – 30	4 110,0	2 880,5	70,1	72,1	66,3	75,9	83,8
30 – 35	4 103,7	3 055,9	74,5	76,7	71,3	80,3	87,0
35 – 40	5 830,3	4 572,0	78,4	79,6	75,7	83,8	89,3
40 – 45	6 515,2	5 192,9	79,7	80,0	79,5	86,0	91,1
45 – 50	5 842,6	4 684,1	80,2	81,1	82,1	87,9	92,2
50 – 60	9 597,1	7 915,9	82,5	84,0	84,6	89,4	92,7
60 – 70	9 660,3	8 214,9	85,0	86,4	86,5	89,7	92,3
70 und mehr	10 386,7	7 961,8	76,7	78,4	74,5	79,4	84,9
Insgesamt ...	61 870,7	48 434,4	78,3	79,6	76,3	83,1	88,4
	Männer						
unter 21	1 223,2	859,9	70,3	70,3	66,3	78,9	85,4
21 – 25	1 745,6	1 153,5	66,1	67,8	63,2	74,4	82,2
25 – 30	2 084,2	1 437,8	69,0	71,5	66,3	76,6	83,9
30 – 35	2 082,5	1 522,2	73,1	75,4	70,6	80,2	86,6
35 – 40	2 965,4	2 283,4	77,0	78,6	75,2	83,7	89,0
40 – 45	3 309,2	2 607,8	78,8	79,1	79,3	85,8	90,8
45 – 50	2 947,3	2 330,5	79,1	80,4	82,2	88,0	92,3
50 – 60	4 770,1	3 904,9	81,9	83,6	85,0	90,0	93,2
60 – 70	4 614,1	3 945,9	85,5	86,9	88,2	91,5	93,6
70 und mehr	3 880,5	3 208,4	82,7	84,4	81,3	85,1	88,5
Zusammen ...	29 622,3	23 254,4	78,5	79,9	77,0	84,2	89,1
	Frauen						
unter 21	1 162,2	809,3	69,6	70,1	63,1	74,6	83,2
21 – 25	1 693,7	1 133,7	66,9	68,5	60,4	71,7	80,6
25 – 30	2 025,8	1 442,7	71,2	72,8	66,4	75,2	83,7
30 – 35	2 021,2	1 533,7	75,9	78,0	72,1	80,3	87,4
35 – 40	2 864,9	2 288,6	79,9	80,6	76,3	83,9	89,7
40 – 45	3 206,0	2 585,1	80,6	81,0	79,8	86,3	91,3
45 – 50	2 895,3	2 353,5	81,3	81,7	82,0	87,9	92,0
50 – 60	4 827,0	4 011,0	83,1	84,3	84,2	88,8	92,2
60 – 70	5 046,2	4 269,0	84,6	85,9	85,3	88,4	91,5
70 und mehr	6 506,1	4 753,4	73,1	75,2	71,3	76,5	82,9
Zusammen ...	32 248,4	25 180,0	78,1	79,4	75,7	82,1	87,8

1) Anteil der Wähler mit Stimm- und Wahrscheinvermerk im Wählerverzeichnis an den Wahlberechtigten. – 2) Ohne Personen mit Wahrschein. – 3) Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West.

lerinnen und Wähler unter 30 Jahren hatte im Vergleich zu 1990 um 2,6 Prozentpunkte zugenommen und lag 2002 bei 70,3%. Bei der Bundestagswahl 2005 sank sie jedoch wieder auf 68,8% ab.

4.4 Niedrigste Wahlbeteiligung in der Gruppe der 21- bis unter 25-Jährigen

Die niedrigste Wahlbeteiligung zeigte die Altersgruppe der 21- bis unter 25-Jährigen. Mit 66,5% lag die Wahlbeteiligung um 11,8 Prozentpunkte unter der Wahlbeteiligung aller Altersgruppen. Die 21- bis unter 25-jährigen Männer beteiligten sich sogar nur zu 66,1% an der Bundestagswahl 2005. Bemerkenswert ist, dass die genannte Altersgruppe in jedem einzelnen Bundesland außer Hamburg die niedrigste Wahlbeteiligung aufwies.

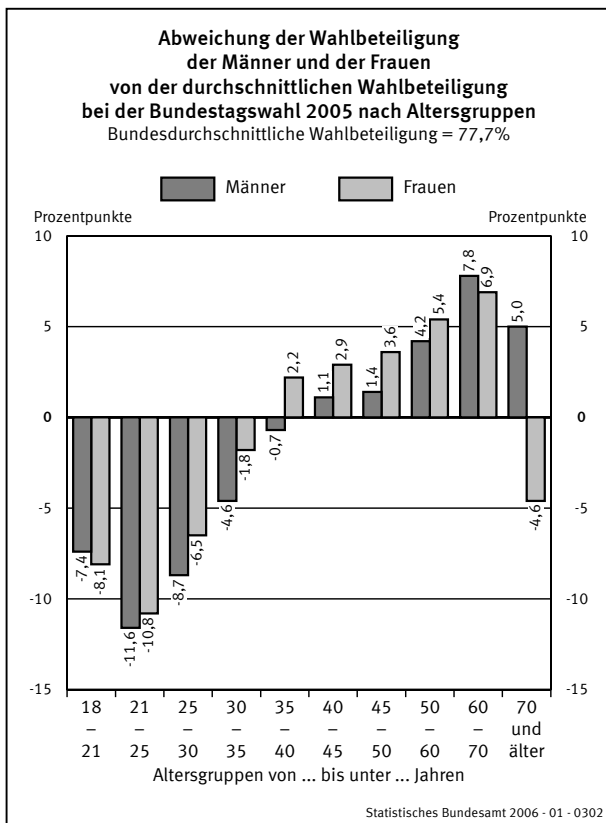
Die niedrigste Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2005 wiesen mit 61,8% die ostdeutschen Männern der Altersgruppe der 21- bis unter 25-Jährigen auf. Dieses unterdurchschnittliche Ergebnis beruht im Wesentlichen auf der niedrigen Wahlbeteiligung der zwischen 21 und 24 Jahre alten Männer in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern (52,9%), Sachsen-Anhalt (58,6%) und Brandenburg (61,2%).

4.5 Höchste Wahlbeteiligung wieder bei den Wählern zwischen 60 und 69 Jahren

Die Wahlbeteiligung nahm ab der Altersgruppe der 21- bis unter 25-Jährigen mit steigendem Alter zu, wobei die Altersgruppe der 60- bis unter 70-Jährigen mit 85,0% – und damit 6,7 Prozentpunkten über der bundesdurchschnittlichen Wahlbeteiligung – die höchste Wahlbeteiligung zu verzeichnen hatte (siehe Schaubild 1). Da diese Altersgruppe unter allen zehn Altersgruppen der Repräsentativen Wahlstatistik zur Wahlbeteiligung mit etwa 9,7 Mill. Personen die zahlenmäßig zweitgrößte war, kam der hohen Wahlbeteiligung dieser Altersgruppe besondere Bedeutung zu. Bemerkenswert ist, dass die genannte Altersgruppe in jedem einzelnen Bundesland die höchste Wahlbeteiligung erzielt hat. In der Gruppe der ältesten Wahlberechtigten (70 Jahre und älter) geht die Wahlbeteiligung wieder auf 76,7% zurück (Frauen: 73,1%; Männer: 82,7%).

Die höchste Wahlbeteiligung wiesen mit 86,6% die westdeutschen Männer der Altersgruppe zwischen 60 und 69 Jahren auf. Dieses überdurchschnittliche Ergebnis beruht in erster Linie auf der hohen Wahlbeteiligung der zwischen 60

Schaubild 1



und 69 Jahre alten Männer in den Bundesländern Schleswig-Holstein (88,0%), Rheinland-Pfalz (87,4%), Niedersachsen (87,3%), Baden-Württemberg (87,0%), Bayern (86,7%) und Hessen (86,6%).

5 Ergebnisse zu Art und Zahl der ungültigen Stimmen

5.1 Über 900 000 Wähler stimmten mit Erst- und/oder Zweitstimme ungültig

Die Untersuchung der ungültigen Stimmen kann in diesem Beitrag nur in verkürzter Form vorgenommen werden. Dargestellt wird in Tabelle 7 lediglich die Zahl der Wähler nach Art der ungültigen Stimmen (drei Kombinationsgruppen) und Geschlecht.

Danach stimmten bei der Bundestagswahl 2005 rund 1 021 000 Wähler ungültig. Mit Erst- und Zweitstimme stimmten rund 537 000 Wähler ungültig, nur mit ungültiger Erststimme waren es 286 000, nur mit ungültiger Zweitstimme waren es 198 000. In allen drei Fällen waren – wie 2002 – die Frauen zahlenmäßig stärker vertreten.

Im Vergleich mit der Bundestagswahl 2002 ist insbesondere die Zahl der Wähler mit ungültiger Erst- und Zweitstimme stark angestiegen (+ 187 000). Die Zahl der Wähler, die nur mit der Erststimme ungültig wählten, ging dagegen

Tabelle 7: Art der ungültigen Stimmen bei den Bundestagswahlen

Wähler nach Art der ungültigen Stimmen	Wahljahr	Insgesamt		Männer		Frauen	
		1 000	%	1 000	%	1 000	%
Ungültige Erst- und Zweitstimme Erst- und Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen	2005	255	25,0	120	26,7	135	23,7
	2002	161	17,4	77	19,4	84	16,0
Erststimmenseite leer oder durchgestrichen, Zweitstimmenseite mehrere Kreuze	2005	72	7,1	26	5,7	46	8,1
	2002	50	5,4	18	4,5	32	6,1
Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen, Erststimmenseite mehrere Kreuze	2005	66	6,5	26	5,7	40	7,1
	2002	40	4,3	14	3,5	26	5,0
Beide Seiten mehrere Kreuze	2005	111	10,9	54	12,0	57	9,9
	2002	71	7,7	34	8,6	37	7,0
Eine Seite leer oder durchgestrichen, auf der anderen Seite sonstige Ursachen	2005	6	0,6	3	0,7	3	0,5
	2002	4	0,5	2	0,5	2	0,4
Beide Seiten sonstige Ursachen	2005	27	2,7	16	3,6	11	2,0
	2002	23	2,5	13	3,1	11	2,1
Zusammen ...	2005	537	52,7	245	54,4	292	51,3
	2002	350	37,9	158	39,7	192	36,6
Ungültige Erst- und gültige Zweitstimme Erststimmenseite leer oder durchgestrichen	2005	250	24,5	113	25,2	137	24,1
	2002	329	35,6	149	37,4	180	34,2
Erststimmenseite mehrere Kreuze	2005	28	2,6	12	2,6	16	2,7
	2002	22	2,4	10	2,4	13	2,4
Sonstige Ursachen	2005	8	0,8	4	0,9	4	0,6
	2002	7	0,7	4	0,9	3	0,6
Zusammen ...	2005	286	28,0	129	28,6	157	27,4
	2002	358	38,7	163	40,7	195	37,2
Ungültige Zweit- und gültige Erststimme Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen	2005	160	15,6	60	13,3	100	17,5
	2002	183	19,8	65	16,2	119	22,6
Zweitstimmenseite mehrere Kreuze	2005	30	3,0	12	2,8	18	3,1
	2002	30	3,3	12	3,1	18	3,4
Sonstige Ursachen	2005	8	0,8	4	0,9	4	0,7
	2002	3	0,3	1	0,3	2	0,3
Zusammen ...	2005	198	19,4	76	16,9	122	21,3
	2002	216	23,4	78	19,6	138	26,3

zurück (– 72 000), ebenso die Zahl der Wähler, die nur mit der Zweitstimme ungültig wählten (mit – 18 000 allerdings in geringerem Maß).

Ohne ergänzende Motivforschung ist eine vertiefte Analyse der vorgenannten Ergebnisse nicht möglich. So ist es vorstellbar, dass es sich zum Beispiel bei den Wählern mit ungültiger Erst- und gültiger Zweitstimme in erster Linie um Anhänger von Parteien gehandelt hat, für die es zwar eine Landesliste, aber keinen Kreiswahlvorschlag gab. Weiter ist denkbar, dass es sich um Personen gehandelt haben könnte, die dem Wahlkreiskandidaten ihrer Partei keine Erfolgchancen eingeräumt haben. Diese Vermutungen lassen sich aber mit den Daten der Repräsentativen Wahlstatistik nicht verifizieren.

6 Ergebnisse zur Stimmabgabe

6.1 Frauen wählten die SPD genauso oft wie die Unionsparteien, Männer eher die Unionsparteien

Männer bevorzugten bei der Bundestagswahl 2005 CDU und CSU, Frauen wählten genauso oft CDU bzw. CSU wie SPD: Während bundesweit SPD und CDU/CSU mit 34,2 bzw. 35,2% der Zweitstimmen fast gleich abgeschnitten haben, lagen die Unionsparteien bei den Männern mit 34,8% um 2,0 Prozentpunkte vor der SPD. Bei den Frauen lag die SPD mit 35,5% gleichauf mit den Unionsparteien (siehe das nebenstehende Schaubild 2).

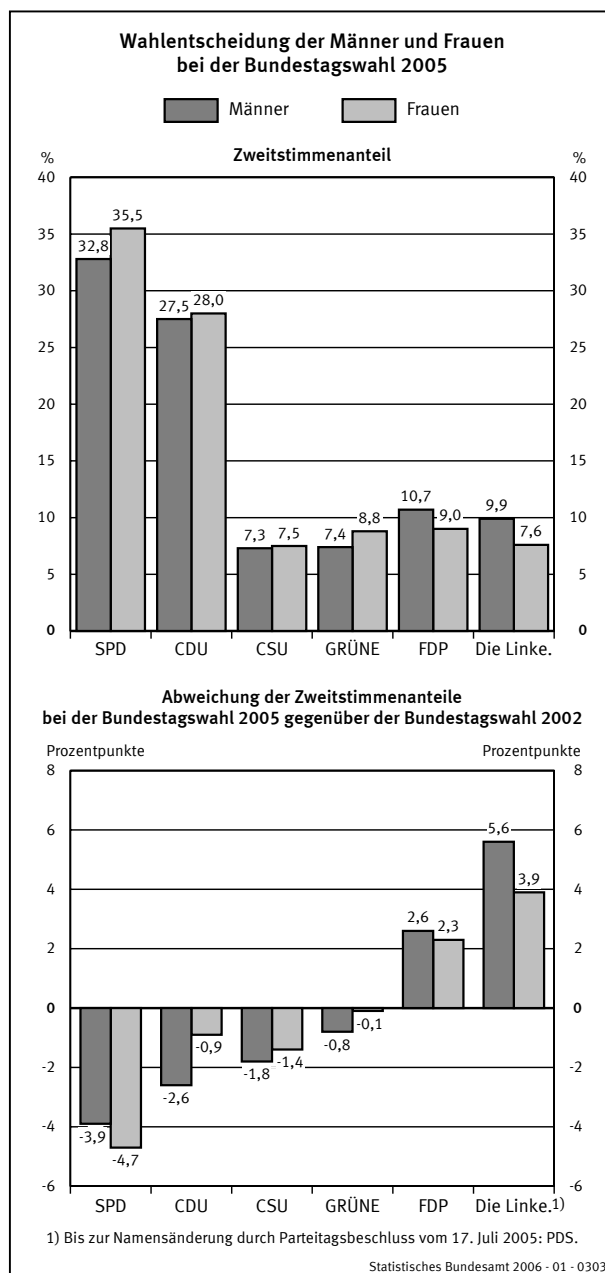
Das beste Zweitstimmenergebnis hatten die Unionsparteien mit 43,9% bei den über 60-jährigen Frauen, das schlechteste bei den Männern der jüngsten Altersgruppe zwischen 18 und 24 Jahren (26,3%). Das beste Erststimmenergebnis wurde mit 49,0% bei den über 60-jährigen Männern erreicht, das schlechteste bei den Frauen zwischen 18 und 24 Jahren (31,3%).

Die SPD erreichte bei der Bundestagswahl 2005 wieder ihr bestes Zweitstimmenergebnis mit 38,5% bei den Jungwählerinnen zwischen 18 und 24 Jahren, ihr schlechtestes bei den Männern der Altersgruppe zwischen 25 und 34 Jahren (30,7%). Das beste Erststimmenergebnis erreichte die SPD mit 42,8% ebenfalls bei den Jungwählerinnen zwischen 18 und 24 Jahren, ihr schlechtestes bei den Männern zwischen 25 und 34 Jahren sowie bei den ab 60-jährigen Männern (jeweils 35,5%).

6.2 CDU und CSU: Zweitstimmenanteil der Frauen in den meisten Bundesländern etwas höher als bei den Männern

Wie der auf S. 228 folgenden Tabelle 8 entnommen werden kann, lag mit Ausnahme von Berlin (identisches Ergebnis bei Männern und Frauen), Mecklenburg-Vorpommern (Frauen

Schaubild 2



0,4 Prozentpunkte weniger als Männer), Schleswig-Holstein und Bremen (mit je – 0,5 Prozentpunkten) sowie Brandenburg (mit – 1,1 Prozentpunkten) das Zweitstimmenergebnis der CDU bzw. CSU bei den Frauen in allen übrigen Bundesländern über dem der Männer, am deutlichsten im Saarland (+ 2,3 Prozentpunkte), Bayern (+ 1,7 Prozentpunkte) und Hamburg (+ 1,6 Prozentpunkte), am geringsten in Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit je 0,1 Prozentpunkten.

Demgegenüber erhielt die CDU bei der Bundestagswahl 2005 bei den Erststimmen in fast allen Bundesländern bis auf Bremen (identisches Ergebnis bei Männern und Frauen), das Saarland (– 0,7 Prozentpunkte) und Sachsen (– 0,9 Prozentpunkte) ein leichtes Stimmenplus bei den Männern.

Tabelle 8: Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2005 in den Ländern nach Parteien und Geschlecht
Prozent

Land	Von 100 gültigen Zweitstimmen entfielen auf								
	SPD	CDU	CSU	GRÜNE	FDP	Die Linke.	Sonstige	darunter	
								NPD	REP
	Insgesamt								
Schleswig-Holstein	38,2	36,4	–	8,4	10,1	4,6	2,3	0,9	–
Mecklenburg-Vorpommern	31,7	29,6	–	4,0	6,3	23,7	4,8	3,5	–
Hamburg	38,8	28,9	–	14,9	9,0	6,3	2,0	0,9	–
Niedersachsen	43,2	33,6	–	7,4	8,9	4,3	2,6	1,3	–
Bremen	42,9	22,8	–	14,3	8,1	8,4	3,5	1,4	–
Brandenburg	35,8	20,6	–	5,1	6,9	26,5	5,1	3,2	–
Sachsen-Anhalt	32,8	24,7	–	4,1	8,1	26,6	3,8	2,4	0,3
Berlin	34,3	22,0	–	13,7	8,2	16,3	5,5	1,7	0,6
Nordrhein-Westfalen	40,0	34,4	–	7,6	10,0	5,2	2,9	0,8	0,3
Sachsen	24,5	30,0	–	4,8	10,2	22,8	7,6	3,8	0,5
Hessen	35,6	33,7	–	10,1	11,7	5,3	3,6	1,2	0,8
Thüringen	29,8	25,7	–	4,8	7,9	26,1	5,6	3,5	0,7
Rheinland-Pfalz	34,5	36,9	–	7,3	11,7	5,6	4,1	1,3	1,2
Bayern	25,5	–	49,3	7,9	9,5	3,5	4,4	1,4	1,0
Baden-Württemberg	30,1	39,2	–	10,7	11,9	3,8	4,3	1,1	1,1
Saarland	33,3	30,1	–	5,9	7,4	18,4	4,9	2,0	–
Deutschland ...	34,2	27,8	7,4	8,1	9,8	8,7	3,9	1,5	0,5
Früheres Bundesgebiet	35,1	28,3	9,1	8,8	10,2	4,9	3,5	1,1	0,6
Neue Länder und Berlin-Ost	30,4	25,3	–	5,2	8,0	25,3	5,8	3,3	0,3
	Männer								
Schleswig-Holstein	36,7	36,7	–	7,5	11,0	5,8	2,4	1,4	–
Mecklenburg-Vorpommern	29,5	29,8	–	3,4	6,7	24,5	6,2	5,0	–
Hamburg	36,8	28,1	–	14,6	10,2	7,8	2,5	1,4	–
Niedersachsen	41,7	33,5	–	6,8	9,9	5,4	2,8	1,8	–
Bremen	41,5	23,0	–	13,1	8,7	10,4	3,3	1,9	–
Brandenburg	33,5	21,1	–	4,6	7,2	27,5	6,1	4,6	–
Sachsen-Anhalt	30,5	24,6	–	3,8	8,1	27,9	5,1	3,5	0,5
Berlin	32,5	22,0	–	12,9	9,0	17,9	5,6	2,5	0,7
Nordrhein-Westfalen	38,8	33,9	–	6,9	10,9	6,5	3,0	1,2	0,4
Sachsen	23,1	29,3	–	4,4	10,5	23,5	9,2	5,4	0,6
Hessen	34,5	33,2	–	9,0	12,7	6,7	3,9	1,8	1,0
Thüringen	27,6	25,6	–	4,5	8,4	26,8	7,0	4,9	0,9
Rheinland-Pfalz	33,2	36,2	–	6,5	12,6	7,0	4,6	1,8	1,6
Bayern	24,5	–	48,4	7,3	10,7	4,3	4,8	1,9	1,3
Baden-Württemberg	29,0	38,7	–	9,6	13,2	4,7	4,7	1,6	1,4
Saarland	31,9	28,9	–	5,3	7,8	21,4	4,7	2,7	–
Deutschland ...	32,8	27,5	7,3	7,4	10,7	9,9	4,4	2,2	0,7
Früheres Bundesgebiet	33,9	28,0	9,0	8,0	11,3	6,1	3,8	1,6	0,8
Neue Länder und Berlin-Ost	28,4	25,2	–	4,7	8,4	26,2	7,0	4,7	0,4
	Frauen								
Schleswig-Holstein	39,6	36,2	–	9,4	9,2	3,5	2,1	0,5	–
Mecklenburg-Vorpommern	33,8	29,4	–	4,5	5,8	22,9	3,6	2,0	–
Hamburg	40,7	29,7	–	15,3	7,9	5,0	1,6	0,4	–
Niedersachsen	44,6	33,6	–	8,0	8,1	3,3	2,3	0,8	–
Bremen	44,2	22,5	–	15,3	7,6	6,7	3,7	0,9	–
Brandenburg	38,0	20,0	–	5,6	6,6	25,6	4,1	1,9	–
Sachsen-Anhalt	34,9	24,7	–	4,4	8,0	25,4	2,6	1,4	0,2
Berlin	35,9	22,0	–	14,4	7,5	14,9	5,3	1,0	0,5
Nordrhein-Westfalen	41,1	34,8	–	8,3	9,2	3,9	2,8	0,5	0,2
Sachsen	25,8	30,8	–	5,1	9,9	22,2	6,2	2,4	0,3
Hessen	36,7	34,1	–	11,2	10,7	4,0	3,3	0,7	0,6
Thüringen	31,9	25,7	–	5,1	7,5	25,4	4,4	2,2	0,5
Rheinland-Pfalz	35,7	37,5	–	8,0	10,9	4,2	3,6	0,8	0,9
Bayern	26,4	–	50,1	8,5	8,4	2,6	4,0	0,8	0,7
Baden-Württemberg	31,2	39,7	–	11,7	10,7	2,9	3,8	0,7	0,7
Saarland	34,6	31,2	–	6,5	7,0	15,6	5,1	1,4	–
Deutschland ...	35,5	28,0	7,5	8,8	9,0	7,6	3,5	0,9	0,4
Früheres Bundesgebiet	36,3	28,7	9,2	9,5	9,3	3,8	3,3	0,7	0,4
Neue Länder und Berlin-Ost	32,3	25,4	–	5,6	7,7	24,4	4,6	2,0	0,2

6.3 SPD: Zweitstimmenanteil der Frauen in allen Bundesländern höher als bei den Männern

In allen Bundesländern lag der Zweitstimmenanteil der SPD bei den Frauen höher als bei den Männern, am deutlichsten in Brandenburg (+ 4,5 Prozentpunkte), Sachsen-Anhalt (+ 4,4 Prozentpunkte) und in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern (je + 4,3 Prozentpunkte). Der Unterschied war in Bayern (+ 1,9 Prozentpunkte), Hessen und Baden-Württemberg (je + 2,2 Prozentpunkte) am geringsten, jedoch immer noch deutlich ausgeprägt. Auch der Erststimmenanteil war in allen Bundesländern bei den Frauen höher – insbesondere in Brandenburg (+ 4,8 Prozentpunkte), Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt (je + 4,1 Prozentpunkte) und Thüringen (+ 3,8 Prozentpunkte).

6.4 Bei den kleineren Parteien waren die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Stimmabgabe ebenfalls deutlich

Bei der Bundestagswahl 2005 haben 8,8% der Frauen und 7,4% der Männer den GRÜNEN ihre Zweitstimme gegeben. FDP und Die Linke. hatten jeweils das bessere Zweitstimmenergebnis bei den Männern (10,7% zu 9,0% bzw. 9,9% zu 7,6%).

Betrachtet man die Erststimmen, so bestätigt sich dieses Bild: Die GRÜNEN erhielten 6,3% der Erststimmen der Frauen und 4,6% der Erststimmen der Männer. Die Linke. erhielt 7,2% der Erststimmen der Frauen und 8,8% der Erststimmen der Männer. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Stimmabgabe waren also deutlicher als bei den Unionsparteien.

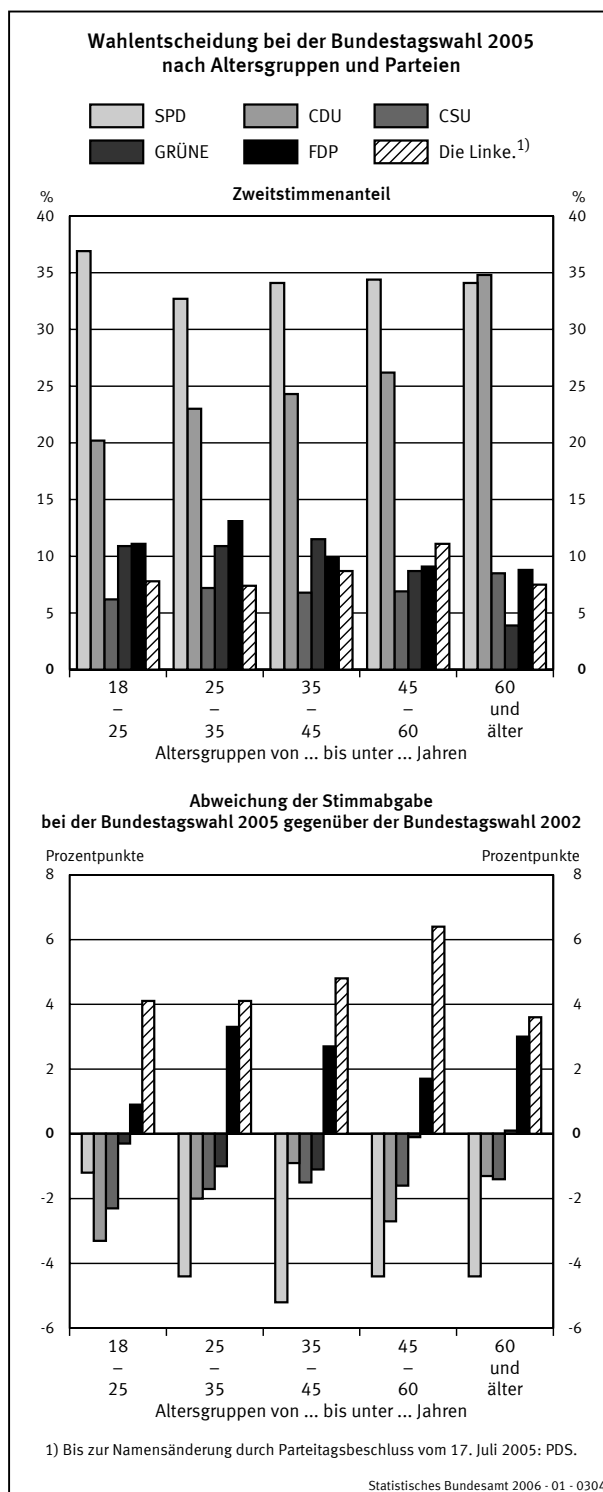
6.5 Die Präferenz für kleinere Parteien war bei Männern deutlicher ausgeprägt

Die Männer hatten – betrachtet man die Zweitstimmen – eine leichte Vorliebe für kleinere Parteien: GRÜNE, FDP, Die Linke. und die sonstigen Parteien erhielten zusammen 32,4% der Zweitstimmen der Männer, bei den Frauen lag dieser Anteil nur bei 28,9%. Beim Blick auf die Erststimmen bestätigt sich dieses: Die kleineren Parteien bekamen 21,8% der Erststimmen der Männer, jedoch nur 20,4% der Erststimmen der Frauen.

6.6 SPD verbuchte bei bundesweiter Betrachtung einen ähnlich hohen Zuspruch in allen Altersgruppen, Unionsparteien eher uneinheitlich

Auffallend ist, dass die SPD – bundesweit betrachtet – bei den Zweitstimmen in allen Altersgruppen einen ähnlich hohen Zuspruch erfahren hat. Ihr Wahlerfolg differierte bei allen Altersgruppen um 4,2 Prozentpunkte (zwischen 32,7% bei den 25- bis unter 35-Jährigen und 36,9% bei den 18- bis

Schaubild 3



unter 25-Jährigen). Bei den Unionsparteien betrug diese Differenz zwischen den Altersgruppen immerhin 16,9 Prozentpunkte, und zwar zwischen 26,4% bei den 18- bis unter 25-Jährigen und 43,3% bei den 60-Jährigen und Älteren (siehe Schaubild 3).

Die Differenz bei den Erststimmen beträgt – bundesweit betrachtet – bei der SPD 4,5 Prozentpunkte, bei den Unionsparteien CDU und CSU 16,6 Prozentpunkte.

6.7 SPD erhielt nur im Westen ähnlich hohen Zuspruch in allen Altersgruppen

Der bundesweit in allen Altersgruppen ähnlich hohe Zuspruch für die SPD wies in der Differenzierung nach Ost und West sowie nach Bundesländern allerdings deutliche Unterschiede auf: Der Wahlerfolg der SPD nach Zweitstimmen bei allen Altersgruppen differierte im Westen um 4,3 Prozentpunkte: zwischen 37,9% bei den 18- bis unter 25-Jährigen und 33,6% bei den 25- bis unter 35-Jährigen. Im Osten waren die Unterschiede beim Wahlerfolg in den verschiedenen Altersgruppen deutlicher: Die Spanne der für die SPD abgegebenen Zweitstimmen reichte von 27,4% bei den 35- bis unter 45-Jährigen bis 34,4% bei den 60-Jährigen und Älteren, das ist eine Differenz von 7,0 Prozentpunkten.

6.8 Der Wahlerfolg der Unionsparteien bei den Älteren war auf den Westen beschränkt

Die CDU erreichte in der überwiegenden Zahl der neuen Länder in allen Altersgruppen ungleichmäßigere Zweitstimmenergebnisse als die SPD. Ihre Wahlergebnisse reichten hier von 18,6% bei den Jungwählern zwischen 18 und 24 Jahren bis 28,4% bei den 60-Jährigen und Älteren, differierten also um 9,8 Prozentpunkte; im früheren Bundesgebiet lag diese Differenz bei 18,3 Prozentpunkten.

Die Ergebnisdifferenz (nach Zweitstimmen) bei den Unionsparteien in den alten Bundesländern war in den Ländern Hamburg (20,3 Prozentpunkte), Niedersachsen (20,2 Prozentpunkte) und Nordrhein-Westfalen (19,0 Prozentpunkte) am deutlichsten. In fast allen alten Bundesländern war die Ergebnisdifferenz zwischen der jüngsten und der ältesten Wählergruppe am größten (Ausnahmen: Hamburg und Bremen).

Im Westen vereinigten CDU und CSU 46,8% der Zweitstimmen der 60-Jährigen und Älteren auf sich, der Abstand zum nächstbesten Ergebnis (35,0% bei den 45- bis unter 60-Jährigen) war mit 11,8 Prozentpunkten bemerkenswert hoch.

6.9 Gut 77% der älteren Wähler entschieden sich für die großen Volksparteien

Die älteren Wähler bevorzugten überdurchschnittlich oft die großen Volksparteien. So haben 77,4% (2002 waren es noch 84,5% gewesen) der 60-Jährigen und Älteren ihre Zweitstimme der SPD oder den Unionsparteien gegeben: Frauen zu 79,2%, Männer zu 75,3%. Dieser Anteil lag bei den Wählerinnen und Wählern von 18 bis 24 Jahren bei nur 63,3%, in der Altersgruppe der 25- bis unter 35-Jährigen bei 62,9%.

Die Konzentration der älteren Wähler auf die großen Volksparteien war allerdings im Westen Deutschlands mit 80,8% deutlich stärker ausgeprägt als im Osten (62,8%): In den

fünf neuen Ländern reichten die Quoten von 62,2% (Sachsen) bis 66,6% (Mecklenburg-Vorpommern). Die vergleichbaren Quoten reichten im Westen von 65,0% (Berlin) bis 83,9% (Bayern).⁶⁾

6.10 Kleinere Parteien fanden mehr Rückhalt bei den jüngeren Wählern

FDP und GRÜNE waren bei den jungen Wählern stark

Die kleineren Parteien – in erster Linie die GRÜNEN und die FDP – hatten bei den jüngeren Wählern mehr Rückhalt als in den älteren Altersgruppen: Die FDP erreichte in den Wählergruppen der 18- bis unter 25-Jährigen mit 11,1% und der 25- bis unter 35-Jährigen mit 13,1% der Zweitstimmen im Vergleich zum Bundesergebnis (9,8%) ein überdurchschnittliches Ergebnis. In den Wählergruppen ab 45 Jahren lag der Zweitstimmenanteil unterhalb des Bundesdurchschnittes (zwischen 9,1 und 8,8%). Die FDP erreichte ihr bestes Ergebnis mit 14,6% bei den 25- bis unter 35-jährigen Männern, ihr schlechtestes bei den ab 60-jährigen Frauen (8,2%).

Bei den GRÜNEN zeigte sich ein ähnliches Bild: In den Altersgruppen bis 59 Jahren haben die GRÜNEN Zweitstimmenergebnisse über dem Bundesdurchschnitt erzielt (zwischen 8,7 und 11,5%). Jenseits des Alters von 60 Jahren ließ der Zuspruch merklich nach und fiel mit 3,9% sogar unter die Fünf-Prozent-Marke. Die GRÜNEN erreichten ihr bestes Ergebnis mit 12,9% bei den 35- bis unter 45-jährigen Frauen, ihr schlechtestes bei den Männern ab 60 Jahren (3,4%).

GRÜNE hatten in Ost und West weniger Rückhalt bei den Älteren, FDP nur im Osten

Der geringere Rückhalt für die GRÜNEN bei den älteren Wählern zeigte sich in Ost und West gleichermaßen. Während die GRÜNEN bei den Zweitstimmen in den neuen Bundesländern in jeder Altersgruppe schlechter abschnitten als im Westen (die Spanne reichte von –0,6 Prozentpunkten bei den 60-Jährigen und Älteren über –5,3 Prozentpunkte bei den 45- bis unter 60-Jährigen bis zu –5,8 Prozentpunkten bei den 35- bis unter 45-Jährigen), erreichte die FDP in Ost und West bis auf die Altersgruppe der 60-Jährigen und Älteren ähnlich hohe Zweitstimmenergebnisse. In der Gruppe der 25- bis unter 35-Jährigen wurden im Westen 13,3%, im Osten 11,8% erreicht. Bei den Altersgruppen der 18- bis unter 25-Jährigen und der 35- bis unter 45-Jährigen waren die Werte in West und Ost fast identisch: Im Westen votierten 11,2 bzw. 10,1% für die FDP, im Osten 10,8 bzw. 9,3%.

In der Altersgruppe der 60-Jährigen und Älteren erreichten die GRÜNEN im früheren Bundesgebiet nur einen Zweitstimmenanteil von 4,0% und in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost einen von 3,4%. Die FDP lag in dieser Altersgruppe mit 9,6% (früheres Bundesgebiet) bzw. 5,5% (neue Länder und Berlin-Ost) der Zweitstimmen deutlich über ihrem Ergebnis bei der Bundestagswahl 2002 (6,2 bzw. 3,8%).

⁶⁾ Bei diesem Ländervergleich wird das Land Berlin – abweichend von den Darstellungen in den übrigen Kapiteln und Abschnitten dieses Aufsatzes – als Ganzes zum Westen gerechnet.

6.11 Die Linke. im Westen bei Frauen in den einzelnen Altersgruppen überwiegend unter 5%

Die Linke., die nach dem amtlichen Endergebnis 8,7% der Zweitstimmen erhielt, erreichte im früheren Bundesgebiet nach der Auswertung der Repräsentativen Wahlstatistik bei den 45- bis unter 60-Jährigen mit 6,6% ihr bestes Ergebnis. Betrachtet man dort das Wahlverhalten in den einzelnen Altersgruppen zusätzlich nach dem Geschlecht, so konnte Die Linke. bei den Frauen nur in der Gruppe der 45- bis unter 60-Jährigen die Fünf-Prozent-Hürde überspringen (5,0%). Bei den Männern erreichte sie dieses Ergebnis mit Ausnahme der 18- bis unter 25-Jährigen sowie der 60-Jährigen und Älteren in allen anderen Altersgruppen.

6.12 Die Linke. im Osten in allen Altersgruppen zwischen 19,8 und 29,8%

Die Linke., die nach dem amtlichen Ergebnis in den neuen Ländern und Berlin-Ost 25,3% der Zweitstimmen erhielt (im Vergleich zu 16,9% bei der Bundestagswahl 2002), konnte dort in der Gruppe der 45- bis unter 60-Jährigen mit 29,8% ihr bestes Ergebnis erzielen. Bei den Männern dieser Altersgruppe gelang es ihr, die Dreißig-Prozent-Marke zu überspringen (30,8%).

6.13 DIE REPUBLIKANER und die NPD ohne Bedeutung

Bei der Durchführung der Repräsentativen Wahlstatistik wurden DIE REPUBLIKANER (REP) und die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) innerhalb der sonstigen Parteien gesondert betrachtet.

REP und NPD blieben mit bundesweit 0,5 bzw. 1,5% der Zweitstimmen so genannte Splitterparteien.

Während die Republikaner von allen Altersgruppen ähnlich wenig gewählt wurden (0,3 bis 0,8%), gab es bei der NPD deutliche Unterschiede: Deren Zweitstimmenergebnisse variierten zwischen 0,7% bei den 60-Jährigen und Älteren und 3,8% bei den Jungwählern zwischen 18 und 24 Jahren. Die NPD erreichte ihr bestes Zweitstimmenergebnis mit 9,5% bei den ostdeutschen männlichen Wählern der Altersgruppe zwischen 18 und 24 Jahren. Auch im Westen lag ihr Ergebnis bei dieser Wählergruppe mit 4% über dem Durchschnitt.

7 Unterschiede zwischen Urnen- und Briefwählern

Beim Vergleich der Urnen- und Briefwahlergebnisse zeigt sich, dass nur CDU und CSU ein auffallend höheres Ergebnis bei den Briefwählern hatten, und zwar um 5,1 Prozentpunkte. Bei allen anderen Parteien lag das Zweitstimmenergebnis der Briefwahl fast gleichauf mit bzw. unter dem Urnenwahlergebnis, am deutlichsten bei der SPD mit 34,8%

bei der Urnenwahl und 31,6% bei der Briefwahl (– 3,2 Prozentpunkte).

Abgesehen von dem höheren Wahlerfolg der CDU/CSU bei den Briefwählern gegenüber den Urnenwählern zeigen sich auf das Geschlecht und Alter bezogen keine signifikanten Unterschiede zwischen diesen beiden Wählergruppen. Vergleichbar ist auch jeweils der Anstieg der Stimmenanteile von der jüngsten bis zur ältesten Altersgruppe.

Die SPD, die ihr bestes Zweitstimmenergebnis bei den weiblichen Jungwählern zwischen 18 und 24 Jahren hatte, konnte in dieser Altersgruppe insbesondere die Urnenwählerinnen (39,1%), aber auch die Urnenwähler (36,0%) mobilisieren; die Ergebnisse lagen um 3,8 bzw. 4,4 Prozentpunkte über denen der Briefwähler dieser Altersgruppe (siehe Tabelle 9 auf S. 232).

Bei den GRÜNEN, bei denen das Zweitstimmenergebnis bei Urnen- und Briefwählern mit 8,1 bzw. 8,3% annähernd gleich war, zeigten sich bezogen auf Altersgruppen und Geschlecht aber größere Unterschiede. Die Partei konnte ihr Wählerpotenzial insbesondere in den Altersgruppen der unter 45-Jährigen im Vergleich zum Bundesergebnis überdurchschnittlich ausschöpfen. Der Wahlerfolg bei den Briefwählern in diesen Altersgruppen liegt bei beiden Geschlechtern zwischen 2,7 und 4,5 Prozentpunkte höher als bei den Urnenwählern. Die GRÜNEN erreichten ihr bestes Ergebnis bei den weiblichen Briefwählern in der Altersgruppe der 25- bis unter 35-Jährigen mit 15,4%.

Die FDP hat ebenfalls insbesondere in den Altersgruppen der bis unter 45-Jährigen Zweitstimmenergebnisse über dem Bundesdurchschnitt erzielt. Hier lag ebenfalls bei beiden Geschlechtern das Ergebnis der Briefwähler – mit Ausnahme der Briefwählerinnen im Alter von 25 bis unter 35 Jahren – um bis zu 2,6 Prozentpunkte über dem der Urnenwähler.

Bei der Partei Die Linke. konnten demgegenüber die Urnenwähler beiderlei Geschlechts stärker mobilisiert werden. Der Wahlerfolg bei den männlichen Urnenwählern in der Altersgruppe der 45- bis unter 60-Jährigen lag dabei mit 12,8% um 4,1 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt.

8 Ergebnisse zum Stimmensplitting

Von Stimmensplitting spricht man, wenn die Wahlentscheidung des Wählers zwischen Erst- und Zweitstimme differiert. Betrachtet man die Stimmabgabe in der Kombination der Erst- und Zweitstimmen, so wird deutlich, welche Wählergruppen in welchem Umfang vom Splitting Gebrauch gemacht haben (siehe die Tabellen 10 und 11).

8.1 „Kleinere“ Parteien erhielten mehr Zweit- als Erststimmen

Die überwiegende Mehrheit der Wähler machte von der Möglichkeit der Trennung von Erst- und Zweitstimme keinen

Tabelle 9: Stimmabgabe der Urnen- und Briefwähler nach Geschlecht, Altersgruppen und Parteien bei der Bundestagswahl 2005
Hochgerechnete Ergebnisse

Alter von ... bis unter ... Jahren	Von 100 gültigen Zweitstimmen nebenstehender Altersgruppen entfielen auf							
	SPD	CDU/CSU	GRÜNE	FDP	Die Linke.	Sonstige	darunter	
							NPD	REP
Urnenwähler								
Zusammen								
18 – 25	37,5	25,9	10,4	10,9	8,0	7,3	4,2	0,9
25 – 35	33,4	29,6	10,2	12,9	7,8	6,2	2,8	0,9
35 – 45	34,8	30,6	11,0	9,7	8,9	5,0	1,9	0,7
45 – 60	34,8	32,6	8,6	9,0	11,3	3,6	1,4	0,5
60 und mehr	34,8	42,2	4,1	8,8	7,7	2,4	0,8	0,3
Männer								
18 – 25	36,0	25,8	9,7	11,9	8,1	8,5	5,6	1,1
25 – 35	31,4	29,8	9,5	14,2	8,1	7,1	4,0	1,2
35 – 45	33,5	31,4	9,6	10,7	9,5	5,3	2,6	1,0
45 – 60	33,7	32,6	7,7	9,3	12,8	3,9	1,9	0,7
60 und mehr	33,2	41,7	3,5	9,5	9,5	2,6	1,1	0,4
Frauen								
18 – 25	39,1	26,0	11,2	9,9	7,9	6,0	2,6	0,6
25 – 35	35,4	29,4	10,9	11,6	7,4	5,3	1,5	0,6
35 – 45	36,0	29,8	12,5	8,8	8,3	4,6	1,1	0,5
45 – 60	36,0	32,6	9,5	8,7	9,8	3,4	0,9	0,4
60 und mehr	36,1	42,7	4,6	8,2	6,3	2,2	0,5	0,2
Briefwähler								
Zusammen								
18 – 25	33,7	29,5	13,5	12,4	6,4	4,5	1,8	0,6
25 – 35	29,8	32,8	14,0	13,9	5,8	3,7	1,2	0,5
35 – 45	30,2	33,6	13,9	11,1	7,6	3,6	1,0	0,6
45 – 60	32,5	35,6	9,0	9,6	10,2	3,1	0,8	0,4
60 und mehr	31,9	46,8	3,5	8,7	6,8	2,3	0,5	0,2
Männer								
18 – 25	31,6	29,9	12,4	14,3	6,6	5,2	2,7	0,7
25 – 35	27,5	33,1	12,4	16,8	6,2	3,9	1,8	0,6
35 – 45	28,9	33,9	12,6	13,0	8,2	3,5	1,3	0,7
45 – 60	31,2	35,1	8,3	10,6	11,7	3,1	1,1	0,5
60 und mehr	30,7	45,9	3,1	9,8	8,2	2,3	0,8	0,3
Frauen								
18 – 25	35,3	29,1	14,4	10,9	6,3	4,0	1,1	0,4
25 – 35	31,9	32,6	15,4	11,2	5,5	3,5	0,6	0,4
35 – 45	31,5	33,3	15,3	9,2	6,9	3,8	0,6	0,4
45 – 60	33,6	36,1	9,5	8,8	8,9	3,1	0,6	0,3
60 und mehr	32,8	47,4	3,8	8,0	5,7	2,2	0,4	0,2
Urnen- und Briefwähler insgesamt								
Insgesamt								
18 – 25	36,9	26,4	10,9	11,1	7,8	6,9	3,8	0,8
25 – 35	32,7	30,2	10,9	13,1	7,4	5,7	2,5	0,8
35 – 45	34,1	31,0	11,5	9,9	8,7	4,8	1,7	0,7
45 – 60	34,4	33,1	8,7	9,1	11,1	3,6	1,3	0,5
60 und mehr	34,1	43,3	3,9	8,8	7,5	2,3	0,7	0,3
Männer								
18 – 25	35,4	26,3	10,0	12,2	7,9	8,1	5,2	1,0
25 – 35	30,7	30,4	10,0	14,6	7,8	6,5	3,6	1,1
35 – 45	32,8	31,8	10,0	11,0	9,3	5,1	2,4	0,9
45 – 60	33,3	33,0	7,8	9,5	12,6	3,8	1,7	0,7
60 und mehr	32,6	42,7	3,4	9,6	9,2	2,6	1,0	0,4
Frauen								
18 – 25	38,5	26,5	11,7	10,0	7,6	5,7	2,3	0,6
25 – 35	34,7	30,0	11,8	11,5	7,1	5,0	1,3	0,6
35 – 45	35,4	30,3	12,9	8,9	8,1	4,5	1,1	0,5
45 – 60	35,5	33,2	9,5	8,7	9,6	3,3	0,8	0,4
60 und mehr	35,3	43,9	4,4	8,2	6,2	2,2	0,5	0,2

Tabelle 10: Kombination der Erst- und Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2005
Erststimmen = 100

Partei	Geschlecht	Von 100 Wählern, die mit der Erststimme nebenstehende Partei bzw. ungültig wählten, wählten mit der anderen Stimme									
		SPD	CDU	CSU	GRÜNE	FDP	Die Linke.	Sonstige	darunter		ungültig
									NPD	REP	
SPD	insgesamt	77,7	2,2	0,4	12,0	1,8	4,0	1,4	0,2	0,2	0,4
	Männer	77,3	2,3	0,4	11,8	1,8	4,8	1,3	0,3	0,2	0,3
	Frauen	78,0	2,2	0,4	12,3	1,8	3,2	1,5	0,2	0,1	0,5
CDU	insgesamt	2,8	77,8	–	1,0	15,6	0,9	1,4	0,4	0,2	0,5
	Männer	2,6	76,4	–	0,8	17,4	1,0	1,4	0,5	0,3	0,4
	Frauen	2,9	79,1	–	1,1	14,0	0,8	1,4	0,2	0,2	0,6
CSU	insgesamt	2,8	–	83,4	0,8	10,5	0,4	1,7	0,3	0,4	0,4
	Männer	2,7	–	82,0	0,6	12,1	0,5	1,7	0,4	0,6	0,3
	Frauen	2,8	–	84,7	0,9	9,0	0,3	1,7	0,2	0,3	0,5
GRÜNE	insgesamt	33,0	4,3	1,5	51,2	2,4	4,4	2,9	0,1	0,2	0,2
	Männer	31,8	4,0	1,5	52,1	2,7	5,5	2,2	0,2	0,2	0,2
	Frauen	33,8	4,5	1,6	50,6	2,2	3,6	3,3	0,1	0,2	0,3
FDP	insgesamt	7,3	20,5	4,4	1,8	58,1	2,7	4,8	0,7	0,8	0,4
	Männer	6,5	19,7	4,0	1,5	61,1	2,7	4,1	0,9	0,9	0,3
	Frauen	8,0	21,3	4,9	2,1	55,2	2,6	5,4	0,6	0,7	0,4
Die Linke.	insgesamt	10,9	2,0	0,2	2,1	1,4	78,8	4,3	0,9	0,8	0,3
	Männer	10,2	1,8	0,2	1,9	1,3	80,3	4,1	1,0	0,8	0,2
	Frauen	11,8	2,2	0,2	2,3	1,5	77,1	4,6	0,7	0,7	0,4
Sonstige	insgesamt	7,8	6,8	2,6	1,5	3,3	6,1	71,0	43,3	8,6	1,0
	Männer	7,0	6,5	2,4	1,1	3,1	6,0	73,1	49,6	9,6	0,8
	Frauen	9,1	7,2	2,9	2,2	3,5	6,1	67,7	33,2	7,0	1,2
darunter:											
NPD	insgesamt	5,0	5,0	1,4	0,4	2,3	4,9	80,6	64,0	8,8	0,5
	Männer	4,9	5,1	1,4	0,3	2,2	4,8	80,9	65,7	9,0	0,4
	Frauen	5,2	4,7	1,3	0,5	2,4	5,3	79,8	60,1	8,3	0,6
REP	insgesamt	7,1	6,0	3,5	0,6	2,5	6,3	73,5	8,6	58,2	0,6
	Männer	7,5	6,5	3,7	0,4	1,9	6,7	72,8	9,1	59,0	0,6
	Frauen	6,4	5,2	3,1	0,9	3,5	5,5	74,8	7,8	56,7	0,5
Ungültig	insgesamt	10,1	8,2	2,6	1,7	2,2	2,7	7,4	0,6	1,3	65,1
	Männer	9,3	7,8	2,3	1,7	2,4	3,3	7,9	0,8	1,6	65,3
	Frauen	10,7	8,6	2,8	1,7	2,1	2,2	7,1	0,4	1,0	64,8

Gebrauch. Der Anteil des Stimmensplittings differiert bei den Wählern der einzelnen Parteien jedoch sehr stark.

Bei Betrachtung des amtlichen Endergebnisses fällt auf, dass die „kleineren“ Parteien, vor allem GRÜNE und FDP, einen zum Teil deutlichen Zweitstimmenüberhang zu verzeichnen hatten (GRÜNE: +1 299 413 Stimmen; FDP: +2 439 613 Stimmen). Dies dürfte damit zusammenhängen, dass viele Wählerinnen und Wähler erkannt haben, dass die Erststimme für Wahlkreiskandidaten von „kleinen“ Parteien oft „verloren“ ist (die GRÜNEN erreichten ein Direktmandat, die FDP erreichte kein Direktmandat).

Auch Die Linke., die bei der Bundestagswahl 2002 noch einen Erststimmenüberhang von 162 501 Stimmen zu verzeichnen hatte, erzielte bei der Bundestagswahl 2005 einen Zweitstimmenüberhang in Höhe von 354 026 Stimmen (Die Linke. erreichte drei Direktmandate).

8.2 Stimmensplitting bei den Wählern der CDU/CSU am wenigsten verbreitet; SPD-Wähler splitteten etwas häufiger

Von den 3,5 Mill. Wählern, die der CSU ihre Zweitstimme gegeben haben, wählten 3,2 Mill. Wähler den Wahlkreiskandidaten dieser Partei mit der Erststimme. Die CSU-Wähler haben damit am wenigsten von der Möglichkeit des Stimmensplittings Gebrauch gemacht. So haben von 100 Wählern, die der CSU in Bayern ihre Zweitstimme gegeben haben,

91,8% auch einem Wahlkreiskandidaten der CSU ihre Erststimme gegeben (Männer: 92,2%; Frauen: 91,5%) und nur 7,5% anderen Kandidaten. Umgekehrt gaben von 100 Wählern der CSU-Wahlkreiskandidaten in Bayern 83,4% der CSU auch ihre Zweitstimme.

Auch die Wähler der CDU machten selten von der Möglichkeit des Stimmensplittings Gebrauch. So gaben 90,7% (Männer: 90,8%, Frauen: 90,5%) der CDU-Zweitstimmenwähler auch ihre Erststimme für Wahlkreiskandidaten dieser Partei ab. Nur 8,9% von 100 Wählern gaben den Wahlkreiskandidaten einer anderen Partei ihre Erststimme, davon unter anderem 3,6% einem FDP-Kandidaten und 3,1% einem SPD-Kandidaten. Bei Betrachtung der CDU-Erststimmen ist eine stärkere Tendenz zum vor dieser Wahl angestrebten Koalitionspartner FDP erkennbar: Von 100 Wählern der CDU-Wahlkreiskandidaten gaben 77,8% der CDU und 15,6% der FDP ihre Zweitstimme.

Etwas häufiger splitteten die SPD-Wähler ihre Stimmen. Von 16,2 Mill. SPD-Zweitstimmenwählern haben 14,0 Mill. Wähler (86,7%) auch die Erststimme Wahlkreiskandidaten der SPD gegeben. Vom Splitting der SPD-Wähler profitierten die GRÜNEN (5,3%) als bisheriger Koalitionspartner. 2,6% der Wähler, die der SPD ihre Zweitstimme gaben, wählten CDU-Wahlkreiskandidaten und 2,5% Kandidaten der Partei Die Linke. Auch bei der SPD wird bei Betrachtung des Wahlverhaltens der SPD-Erststimmenwähler eine Tendenz zum bisherigen Koalitionspartner GRÜNE erkennbar: Von 100 Wählern der SPD-Wahlkreiskandidaten gaben 77,7% der SPD

Tabelle 11: Kombination der Erst- und Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2005
Zweitstimmen = 100

Partei	Geschlecht	Von 100 Wählern, die mit der Zweitstimme nebenstehende Partei bzw. ungültig wählten, wählten mit der anderen Stimme									
		SPD	CDU	CSU	GRÜNE	FDP	Die Linke.	Sonstige	darunter		ungültig
									NPD	REP	
SPD	insgesamt	86,7	2,6	0,7	5,3	1,0	2,5	0,6	0,3	0,0	0,5
	Männer	87,3	2,6	0,7	4,5	1,0	2,7	0,7	0,4	0,0	0,5
	Frauen	86,2	2,6	0,6	6,0	1,1	2,4	0,5	0,2	0,0	0,6
CDU	insgesamt	3,1	90,7	–	0,9	3,6	0,6	0,7	0,3	0,0	0,5
	Männer	3,1	90,8	–	0,7	3,5	0,6	0,8	0,5	0,0	0,5
	Frauen	3,1	90,5	–	1,0	3,7	0,6	0,5	0,2	0,0	0,6
CSU	insgesamt	2,3	–	91,8	1,1	2,9	0,2	1,0	0,3	0,0	0,6
	Männer	2,2	–	92,2	0,9	2,7	0,2	1,2	0,5	0,1	0,5
	Frauen	2,3	–	91,5	1,3	3,2	0,2	0,8	0,2	0,0	0,7
GRÜNE	insgesamt	56,7	3,8	0,8	34,7	1,1	2,0	0,5	0,1	0,0	0,4
	Männer	59,0	3,5	0,7	32,6	1,0	2,3	0,5	0,1	0,0	0,4
	Frauen	54,9	4,1	0,8	36,3	1,2	1,9	0,5	0,1	0,0	0,3
FDP	insgesamt	7,1	51,5	8,7	1,4	29,0	1,1	0,9	0,4	0,0	0,4
	Männer	6,2	52,9	9,2	1,2	28,0	1,1	1,0	0,5	0,0	0,4
	Frauen	8,0	49,9	8,1	1,5	30,0	1,2	0,8	0,3	0,0	0,4
Die Linke.	insgesamt	17,3	3,5	0,4	2,8	1,5	72,1	1,9	1,0	0,1	0,5
	Männer	18,0	3,5	0,5	2,6	1,3	71,5	2,1	1,2	0,1	0,6
	Frauen	16,6	3,5	0,4	3,0	1,7	72,7	1,6	0,8	0,0	0,5
Sonstige	insgesamt	13,7	11,7	3,5	4,0	5,9	8,7	49,1	36,8	1,8	3,3
	Männer	10,6	10,4	3,2	2,3	4,6	8,1	57,8	47,3	2,1	3,0
	Frauen	17,3	13,1	3,9	6,0	7,5	9,4	39,0	24,7	1,4	3,7
darunter:											
NPD	insgesamt	6,1	7,5	1,5	0,4	2,4	4,6	76,9	75,0	0,5	0,7
	Männer	5,6	7,4	1,5	0,3	1,9	4,1	78,6	76,8	0,5	0,6
	Frauen	7,3	7,7	1,5	0,7	3,3	5,6	73,1	70,9	0,6	0,9
REP	insgesamt	12,0	13,8	6,6	1,7	7,1	11,2	43,3	29,3	10,2	4,1
	Männer	11,3	14,2	6,5	1,2	6,3	10,3	46,5	32,3	10,4	3,7
	Frauen	13,3	13,2	6,9	2,5	8,6	12,9	37,7	23,9	10,0	4,9
Ungültig	insgesamt	10,4	10,0	2,2	0,8	1,1	1,5	1,6	0,6	0,0	72,3
	Männer	8,9	8,6	2,0	0,7	1,1	1,5	2,0	0,8	0,1	75,3
	Frauen	11,6	11,1	2,4	0,9	1,1	1,5	1,4	0,4	0,0	69,9

und 12,0% den GRÜNEN ihre Zweitstimme. Damit hat das Stimmensplitting derjenigen Wähler, die mit der Erststimme Wahlkreiskandidaten der SPD gewählt haben, zum Zweitstimmenerfolg der GRÜNEN beigetragen.

Signifikante Unterschiede zwischen Männern und Frauen waren im Splittingverhalten der Wähler der „großen“ Parteien nicht zu erkennen.

8.3 Vom Stimmensplitting der GRÜNEN-Zweitstimmenwählerschaft hat die SPD am stärksten profitiert

Der deutliche Überhang an Zweitstimmen bei den GRÜNEN wurde – wie bei der Bundestagswahl 2002 – hauptsächlich durch solche Wähler verursacht, die ihre Erststimme dem jeweiligen Wahlkreiskandidaten der SPD gegeben haben. Auch bei dieser Wahl gaben die Wähler der GRÜNEN den Wahlkreiskandidaten der Partei nur ein gutes Drittel (34,7%) ihrer Erststimmen (Bundestagswahl 2002: 32,6%), aber 56,7% (Bundestagswahl 2002: 59,7%) ihrer Erststimmen den Kandidaten der SPD.

Besonders ausgeprägt war diese Variante des Stimmensplittings in den Ländern Schleswig-Holstein, Hessen, Niedersachsen und Brandenburg, weniger ausgeprägt in Sachsen und Berlin. In allen Bundesländern war die Kombination Erststimme Wahlkreiskandidaten der SPD – Zweitstimme die GRÜNEN sehr verbreitet.

Signifikante Unterschiede zwischen Männern und Frauen waren in diesem Zusammenhang nicht zu erkennen: So gaben von den männlichen Zweitstimmenwählern der GRÜNEN 59,0% den SPD-Wahlkreiskandidaten ihre Erststimme und 54,9% der weiblichen Wähler.

8.4 Vom Stimmensplitting der FDP-Zweitstimmenwählerschaft hatte die CDU den größten Nutzen

Nach dem amtlichen Endergebnis hatte die CDU einen Erststimmenüberhang von 2 254 210 Stimmen. Wie die Repräsentative Wahlstatistik zeigt, haben von den 4,6 Mill. Wählern, die der FDP die Zweitstimme gegeben haben, nur 1,3 Mill. Wähler (29,0%) auch mit der Erststimme die FDP-Wahlkreiskandidaten gewählt. 2,4 Mill. (51,5%) haben hingegen – wohl taktisch – gesplittet und den Kandidaten der CDU die Erst- und denen der FDP die Zweitstimme gegeben. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 ist dies ein Anstieg des Splittings zu Gunsten der CDU von 19 Prozentpunkten (2002: 32,5%). Parallel dazu sank die Anzahl der Wähler, die mit Erst- und Zweitstimme die Direktkandidaten und die Landeslisten der FDP wählten, um 18,7 Prozentpunkte (2002: 47,7%).

Besonders ausgeprägt war diese Variante des Stimmensplittings in den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Baden-Württemberg und Niedersachsen, weniger ausgeprägt in Brandenburg und Thüringen.

Tabelle 12: Ausgewählte Stimmenkombinationen bei Bundestagswahlen

Von 1 000 abgegebenen Zweitstimmen für die ...	entfielen auf Erststimmen						
	für die ...	2005	2002	1990	1987 ¹⁾	1983 ¹⁾	1980 ¹⁾
SPD	SPD	867	864	905	927	952	924
	CDU	26	26	18	15	13	16
	CSU	7	5	4	4	4	5
	GRÜNE .	53	55	35	35	20	12
	FDP	10	16	13	7	4	35
	Die Linke.	25	24	5	X	X	X
CDU	SPD	31	25	27	19	21	12
	CDU	907	922	917	954	959	971
	GRÜNE .	9	6	6	6	4	3
	FDP	36	31	31	13	10	8
CSU	Die Linke.	6	4	1	X	X	X
	SPD	23	30	25	18	16	15
	CSU	918	920	928	949	963	961
	GRÜNE .	11	11	8	6	4	5
	FDP	29	24	18	12	10	9
GRÜNE ...	Die Linke.	2	1	-	X	X	X
	SPD	567	597	293	315	398	187
	CDU	38	33	37	36	43	70
	CSU	8	7	10	7	9	48
	GRÜNE .	347	326	607	582	521	649
FDP	FDP	11	14	24	16	12	14
	Die Linke.	20	15	1	X	X	X
	SPD	71	119	140	131	101	355
	CDU	515	325	262	374	498	116
	CSU	87	36	32	58	85	17
	GRÜNE .	14	19	24	32	17	20
Die Linke.	FDP	290	477	506	387	291	485
	Die Linke.	11	10	3	X	X	X
	SPD	173	196	98	X	X	X
	CDU	35	31	35	X	X	X
	CSU	4	2	-	X	X	X
	GRÜNE .	28	32	39	X	X	X
	FDP	15	16	18	X	X	X
Die Linke.	721	709	756	X	X	X	

1) Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West.

Auch hier waren signifikante Unterschiede zwischen den Geschlechtern nicht erkennbar: Von 100 Wählern, die der FDP ihre Zweitstimme gegeben haben, wählten 28,0% der männlichen Wähler und 30,0% der weiblichen Wähler den Wahlkreiskandidaten dieser Partei.

8.5 Wähler der Partei Die Linke. splitteten zu Gunsten der SPD

Die Auswertung der Repräsentativen Wahlstatistik hat ergeben, dass die Kombination Zweitstimme Die Linke. – SPD-Wahlkreiskandidat wiederholt auftrat, jedoch im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 leicht sank. So gaben von 100 Wählern, die mit ihrer Zweitstimme für Die Linke. votierten, 17,3% ihre Erststimme Kandidaten der SPD (2002: 19,6%). Die umgekehrte Stimmenkombination kam seltener vor: 10,9% der Wähler, die den Wahlkreiskandidaten der Partei Die Linke. ihre Erststimme gaben, wählten mit ihrer Zweitstimme die SPD (2002: 21,4%). Geschlechtsspezifische Unterschiede um das Splittingverhalten bestehen nicht.

8.6 Zweitstimmenwähler im früheren Bundesgebiet teilten häufiger Erst- und Zweitstimme

Im früheren Bundesgebiet haben nach dem hochgerechneten Ergebnis der Stichprobe die Wähler häufiger vom Stimmsplitting Gebrauch gemacht als in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Damit setzt sich die bei der Bundestagswahl 2002 beobachtete Tendenz fort. Die Wähler der „großen“ Parteien gaben im Osten häufiger ihre Erststimme an Kandidaten „kleinerer“ Parteien: Nur 80% wählten mit Erst- und Zweitstimme SPD (früheres Bundesgebiet: 88,1%) und 87,4% wählten mit beiden Stimmen CDU (früheres Bundesgebiet: 91,3%). Im früheren Bundesgebiet hingegen war die Tendenz zum Splitting bei den Zweitstimmenwählern der „kleineren“ Parteien besonders stark: Nur 27,9% wählten mit Erst- und Zweitstimme FDP (neue Länder und Berlin-Ost: 35,0%) und 62,2% wählten mit beiden Stimmen Die Linke. (neue Länder und Berlin-Ost: 80,3%). Ein annähernd gleiches Splittingverhalten lässt sich nur bei den Zweitstimmenwählern der GRÜNEN beobachten: Mit Erst- und Zweitstimme wählten 34,4% im Osten und 34,7% im Westen die GRÜNEN. Ähnliche Tendenzen beim Splittingverhalten gegenüber den Parteien gab es auch bei der Bundestagswahl 2002.

In den neuen Ländern splitteten die SPD-Zweitstimmenwähler zu Gunsten der Partei Die Linke. (9,8% gaben Wahlkreiskandidaten der Partei Die Linke. ihre Erststimmen), im früheren Bundesgebiet eher für die Wahlkreiskandidaten der GRÜNEN (5,5%).

Die CDU-Wähler gaben mit gleicher Tendenz in Ost wie in West den Wahlkreiskandidaten der FDP und der SPD ihre Erststimmen: 4,4% der CDU-Wähler in den neuen Ländern gaben den Kandidaten der FDP ihre Stimme (3,5% im früheren Bundesgebiet) und 3,5% der CDU-Wähler den Kandidaten der SPD (3,0% im früheren Bundesgebiet). Ein ähnliches Splittingverhalten ist auch bei den Wählern der FDP in Ost und West zu beobachten: Die Mehrheit gab ihre Erststimme CDU-Kandidaten (51,7% im Westen, 50,5% im Osten).

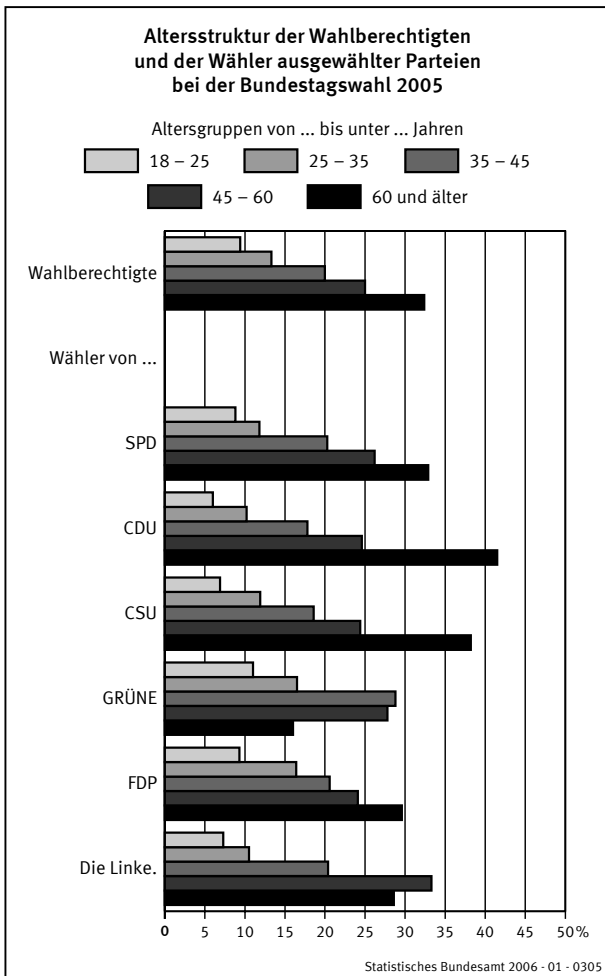
Im früheren Bundesgebiet splitteten die GRÜNEN-Zweitstimmenwähler häufiger zu Gunsten der Wahlkreiskandidaten der SPD (57,5% der GRÜNEN-Wähler) als in den neuen Ländern (50,9% der GRÜNEN-Wähler), dafür seltener zu Gunsten der Partei Die Linke. (1,3% im Westen, aber 7,5% im Osten).

Insgesamt ist in den neuen Ländern ein stärkeres Splitting für Wahlkreiskandidaten der Partei Die Linke. erkennbar. Dafür profitierte die SPD im früheren Bundesgebiet stärker von Wählern, die mit ihrer Zweitstimme Die Linke. wählten, als in den neuen Bundesländern: 24,0% dieser Wähler gaben im Westen den Kandidaten der SPD ihre Erststimme gegenüber 11,8% im Osten.

9 Ergebnisse zu den Wählerschaften der Parteien

Hinsichtlich der demographischen Zusammensetzung der Wählerschaft der einzelnen Parteien zeigt sich nach den Ergebnissen aus der Repräsentativen Wahlstatistik das in Schaubild 4 dargestellte Bild, das im Vergleich mit den Wahlberechtigten nach Alter und Geschlecht auch Anhalts-

Schaubild 4



punkte gibt, in welchem Umfang die Parteien ihr Wählerpotenzial mobilisieren konnten.

9.1 Wählerschaft der Unionsparteien rekrutierte sich überproportional aus älteren Wählern

Die Wählerschaftsstruktur entsprach bei der CDU im Wesentlichen der bei der Bundestagswahl 2002. Im Vergleich zur Gesamtwählerschaft sind in der Wählerschaft der CDU/CSU die 18- bis unter 60-Jährigen unterrepräsentiert, insbesondere in der Altersgruppe der Frauen zwischen 35 und 44 Jahren. Eine deutliche Überrepräsentation ist dagegen bei den Anteilen der 60-Jährigen und Älteren an der CDU/CSU-Wählerschaft festzustellen. Die ab 60-jährigen Männer stellen in der CDU-Wählerschaft 38,2% und die Frauen dieses Alters sogar 44,5%; im Vergleich dazu liegt der Anteilswert der Gesamtwählerschaft dieses Alters bei 33,1%.

9.2 Die SPD-Wählerschaft entsprach annähernd der Altersstruktur der Gesamtwählerschaft

Die Altersgruppen sind in der Wählerschaft der SPD, wie bei der Bundestagswahl 2002, in etwa so verteilt, wie es

der Verteilung der Altersgruppen in der Gruppe der Gesamtwählerschaft entsprach. Diese Tendenz zeigt sich bei Männern und Frauen. Die Abweichungen sind nur gering: Bundesweit betrachtet ist die Abweichung in keiner Alters- und Geschlechtsgruppe größer als 0,9 Prozentpunkte. Etwa ein Drittel der SPD-Wählerschaft ist 60 Jahre und älter; rund 20% sind jünger als 35 Jahre. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 hat die SPD bei der Wählerschaft der 25- bis unter 35-Jährigen Anteile verloren und dafür bei den 45- bis unter 60-Jährigen gewonnen.

9.3 In der Wählerschaft der GRÜNEN dominierten die jüngeren und mittleren Altersgruppen

Weit mehr als die Hälfte der Wählerschaft der GRÜNEN ist jünger als 45 Jahre; diese Altersgruppe ist damit überproportional vertreten, obwohl die Wählerschaft der GRÜNEN in dieser Altersgruppe im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 zurückgegangen ist. In der Gesamtwählerschaft beträgt der Anteil der unter 45-Jährigen etwa 40%. Die jüngeren Männer bis 35 Jahre senken den Altersdurchschnitt der GRÜNEN-Wählerschaft. In der Altersgruppe der 60-Jährigen und Älteren weicht die Altersstruktur der GRÜNEN-Wählerinnen und -Wähler von allen Parteien am deutlichsten ab. Der Anteil dieser Wähler der GRÜNEN liegt um mehr als 17 Prozentpunkte unter dem Anteil der 60-Jährigen und Älteren an der Gesamtwählerschaft, obwohl er im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 sogar gestiegen ist. Dafür hat insbesondere die weibliche Wählerschaft der GRÜNEN dieser Altersgruppe gesorgt.

9.4 Junge Wähler waren in der Wählerschaft der FDP überdurchschnittlich vertreten

Bei der FDP dominierten – verglichen mit der Gesamtwählerschaft – die Jüngeren im Alter zwischen 18 und 34 Jahren. Der Anteil der 25- bis unter 35-Jährigen in der FDP-Wählerschaft liegt um 4,1 Prozentpunkte über dem Anteil dieser Wählergruppe an der Gesamtwählerschaft. Unterrepräsentiert ist in der FDP-Wählerschaft die Altersgruppe der 45-Jährigen und Älteren im Vergleich zur Gesamtwählerschaft. Dies ist auf den geringen Anteil der Männer in der Wählerschaft der FDP dieser Altersgruppe zurückzuführen. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 ist der Anteil der FDP-Wählerschaft bei den 60-Jährigen und Älteren gestiegen. Doch ist dort trotzdem noch eine Unterrepräsentation festzustellen. In der Altersgruppe der 18- bis unter 35-Jährigen hat die FDP im Vergleich zu 2002 Wählerschaft verloren.

9.5 In der Partei Die Linke. dominierten die 45- bis unter 60-jährigen Wähler

In der Wählerschaft der Partei Die Linke. sind die 45- bis unter 60-Jährigen überproportional stark vertreten. In dieser Altersgruppe hat Die Linke. im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 Wählerschaft hinzugewonnen. Der Anteil dieser Altersgruppe liegt um mehr als 7 Prozentpunkte über dem Anteil an der Gesamtwählerschaft; diese Altersgruppe stellt

ein Drittel der Wählerschaft der Partei Die Linke. dar. Die Wählerschaft der 60-Jährigen und Älteren ist in der Linkspartei unterrepräsentiert. In dieser Altersgruppe hat Die Linke, im Vergleich zu 2002 einen Wählerschaftsverlust hinzunehmen. Der Anteil dieser Altersgruppe liegt um 4,5 Prozentpunkte unter dem Anteil dieser Altersgruppe in der Gesamtwählerschaft. Vor allem die weibliche Wählerschaft ist in dieser Altersgruppe unterrepräsentiert. [u](#)

Auszug aus Wirtschaft und Statistik

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2006

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Johann Hahlen
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11/75 20 86
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage
Part of the Elsevier Group
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: +49 (0) 70 71/93 53 50
Telefax: +49 (0) 70 71/93 53 35
E-Mail: destatis@s-f-g.com

Erscheinungsfolge: monatlich



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11/75 24 05
- Telefax: +49 (0) 6 11/75 33 30
- www.destatis.de/kontakt